Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 60. Dienstag, den 12. März 1907. 14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Verleumderisches Schweigen.

he Unter den vielen wuchtigen Geschossen, die unser dritter Fraktionsredner in der Etatsdebatte, Eduard David, wie sein biblischer Namensvetter gegen den „Goliath" im Philisterlager Bülow geschleudert hat, verdient besonders der Satz in Fraktur markiert zu werden: „Die Unanständigkeit liegt nicht in der Unhöflichkeit der Form allein, sondern wenn jemand einem anderen die Ehre abschneidet und, trotzdem sich der Irrtum herausstellt, sich in Schweigen hüllt, so ist dieses das Unanständigste, was überhaupt geschehen kann."

Dieses niederträchtige Schweigesystem haben wir schon seit Jahren in der sozialistengegnerischen Presse, in zahlreichen Fällen auch in Blättern beobachtet, die auf Reputation halten und sich gewaltig aufregen und erbosen, wenn wir ihre journalistische Moral herabsetzen. Eine lange Reihe von ehrenrührigen Bezichten haben wir uns aufgezeichnet, teils gegen Parteigenossen, teils gegen unsere Organisationen und Korporationen oder gegen die Gesamtpartei, die alsbald in unserer Presse als falsch, als irrig oder fehlschlüssig oder auf bewußter Lüge und böswilliger Ausstreuung beruhend, überzeugend nachgewiesen wurden, wovon aber jene gegnerischen Blätter nicht die geringste Notiz nahmen, obgleich ihnen unsere Entgegnung zweifellos zu Gesicht kam und der Redaktion zum Ueberfluß eigens zugeschickt ward.

Jeder halbwegs anständige Mensch nimmt einen Angriff zurück, „revoziert", wenn man dessen Grund- und Haltlosigkeit dargelegt hat. Tut er es nicht, so ist das eine passive Fortsetzung seiner Verleumdung, wofür der Ausdruck „Halunkenmoral" nicht zu stark ist. Die Folge ist, daß jene Verleumdung von der ganzen gegnerischen Presse aufgegriffen und ihrem Arsenal als eiserner Bestand einverleibt wird: „der Schneeball und das böse Wort, sie wachsen wie sie rollen fort". Und nach einiger Zeit kann man denselben Bezicht in demselben Blatte genau so wieder lesen, als ob unserseits niemals eine Entgegnung erfolgt wäre. Das können sich unsere Gegner erlauben, weil sie wissen, daß wir nicht so leicht zum Kadi laufen wie sie.

Der Liebertsche Reichsverband kann auf seine Methode kein Patent nehmen, er hat sie nicht erst erfunden, sondern von den bürgerlichen Blättern übernommen — wir wiederholen: auch solchen, die sich mit der catonischen Tugendtoga zu drapieren lieben — und sie nur forciert. Es hat sich da der Vers Mirza Schaffys bewährt:

„Wo Edles und Gemeines sich bekriegen,
Wird nur zu häufig das Gemeine siegen,
Weil ihm das schlechtste Mittel nicht zu schlecht ist,
Sein Ziel der Vorteil nur und nicht das Recht ist."

Am skrupellosesten und häufigsten wird von jenem schandbaren Schweigesystem Gebrauch gemacht bei jener besonderen Art von Verleumdung, welcher das kriminelle Merkmal „Behauptung einer unwahren Tatsache" fehlt, die vielmehr in der geflissentlich falschen Deutung einer wahren Tatsache, im Unterstellen falscher Motive besteht. „Verleumderische Anschwärzung" wäre vielleicht die treffendste Bezeichnung. Ist der Typus robuster, hanebüchener Verleumder der würdige Basilio im „Barbier von Sevilla", der in der Rossinischen Oper einen eigenen Hymnus auf die Verleumdung anstimmt, so ein Typus jener anderen der Selicour in Schillers „Parasit", der die heimlichen Wohltätigkeitsbesuche des Ministers bei einer armen Witwe beharrlich als lasterhafte Ausschweifung auslegt.

Zu den stereotypen gegnerischen Anschwärzungen dieser Art gehört die, unsere Fraktion hätte seinerzeit gegen Arbeiterversicherungsgesetze gestimmt, weil sie — man sagt das entweder deutlich oder gibt es zu verstehen — die Besserstellung der Arbeiter gar nicht aufrichtig wünscht, damit ihr Parteiweizen um so üppiger blühe. Schon xmal haben wir diese unverschämte Unterstellung — welche die Gegner zweifellos selber unmöglich glauben — widerlegt und auseinandergesetzt, weshalb wir im Interesse der Arbeiter dagegen gestimmt haben und stimmen mußten, was ja die Arbeiter selbst ohne Widerspruch gebilligt haben. (Man sehe das Protokoll unseres Parteitages in Halle 1890 S. 86.) Tut nichts; unsere Rechtfertigung wird vollständig ignoriert, bei jeder Gelegenheit wird die Verleumdung wieder aufgewärmt, sie ist nicht umzubringen, und sogar der Reichskanzler war so „gentlemanlike" und „vornehm", sie höchstpersönlich gegen uns auszuspielen! Und gerade er als Diplomat weiß ja aus eigener Praxis, so aus der Konferenz in Algeciras, daß man oft ein geringwertiges Zugeständnis zurückweist, um ein wertvolleres durchzusetzen.

In der Verhandlung über den Wuchertarif haben die extremsten Überagrarier die Tarifsätze der Vorlage bekämpft und schließlich auch dagegen gestimmt. Wer ihnen unterstellt hätte, das sei geschehen, weil sie Gegner der Getreidezollerhöhung seien, wäre unfehlbar für verrückt erklärt worden. Im Gegenteil: das Gebotene war ihnen nicht genug, sie wollten mit ihrer Ablehnung noch höhere Zölle durchdrücken.

Wenn die Arbeiter in Streikbewegungen geringfügige Konzessionen der Unternehmer zurückweisen, geschieht es etwa aus Abneigung gegen Lohnerhöhung? Nur ein ausgemachter Narr könnte das annehmen.

Unsere Fraktion — mit Recht mißtrauisch gegen das Zuckerbrot, womit Bismarck die Empörung gegen die Peitsche des Sozialistengesetzes zu dämpfen suchte — wollte eine reichlichere Entschädigung der vorübergehend oder dauernd Arbeitsunfähigen, eine gerechtere Lastenverteilung zwischen Unternehmern und Arbeitern und eine freiere Selbstverwaltung der Versicherten durchsetzen. Daß dies allein der Grund ihrer Ablehnung war, hat sie klar dadurch bewiesen, daß sie entsprechende Anträge gestellt und daß sie sich ausdrücklich für den Grundgedanken der Entwürfe erklärt hat — zu Bismarcks eigener Verwunderung.

Wie oft kommt es im Leben, besonders im Geschäftsverkehr vor, daß man bagatellhafte günstige Anerbietungen ausschlägt, in der begründeten Erwartung, noch günstigere zu erhalten. Wie oft wird in Prozessen von der einen Partei resp. ihrem Anwalt ein Vergleichsvorschlag der Gegenpartei nicht akzeptiert, indem auf einen annehmbareren gerechnet wird.

Welch eine noble Kampfesweise von unseren Gegnern, immer und immer wieder mit jener Anschwärzung zu krebsen und alles totzuschweigen und zu ignorieren, was unserseits dagegen erklärt worden ist; vertrauend auf das semper aliquid haeret („es bleibt immer etwas hängen") auch von der dümmsten und nichtswürdigsten Verleumdung.

Dieses krasse Beispiel allein zeigt, wie schlecht diejenigen über die Sozialdemokratie informiert sein können, die nicht regelmäßige Leser unserer Parteipresse sind. Es zeigt den Arbeitern namentlich, wie sehr das Halten unseres Parteiorgans in ihrem eigenen Interesse liegt, um nicht von den verleumdungssüchtigen Gegnern der Arbeiterbewegung in die Irre geführt zu werden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zum Reichstag wurde am Montag die sozialpolitische Debatte fortgesetzt. Zuerst sprach der bekannte Herr Mugdan. Dieser im Abgeordnetenalmanach als „freisinniger" Volksparteiler und evangelisch bezeichnete Herr hat den Paarungsgedanken noch inbrünstiger erfaßt als selbst Herr Arendt. Richters Sozialistenhaß ist potenziert in die Seele dieses seines Epigonen übergegangen, und hat dort alles, was etwa an freiheitlichem Denken und sozialem Fühlen vorhanden war, bis zur Unkenntlichkeit überwuchert. Bisweilen, ganz bisweilen sprießt noch ein soziales Veilchen unter dem scharfmacherischen Gestrüpp empor. So ist Herr Mugdan für Beschränkung der Frauenarbeit und „prinzipiell" sogar für reine Arbeiterkammern. Aber das waren nur kurze Lichtblicke in dem tiefen Dunkel der Scharfmacherei, in das sich jetzt noch dicke zünftlerische Nebel gemischt haben. Die konservativ-liberale Paarung, die Herr Mugdan so brünstig pries, ist wirklich nicht unfruchtbar. Sie hat die Bekehrung der Freisinnigen Volkspartei nicht bloß zum Dernburgianismus, sondern sogar zum Befähigungsnachweis für Handwerker aus ihrem Schoße geboren. Bald steht der Verschmelzung von Freisinniger Volkspartei und Antisemiten nichts mehr im Wege. — Nach dem Volksparteiler kam der Reichsparteiler. Der ausgediente Legationsrat und 40fache Millionär v. Dirksen zeterte über „erpreßte Arbeitergroschen". Er pries die vom Reichsklügenverbande geschaffenen gelben Gewerkschaften und befleißigte sich einer Ausdrucksweise, die in bürgerlichen Blättern als Sauherdenton bezeichnet wird. Der gräfliche Greis auf dem Präsidentenstuhle sah sich nicht gemüßigt, einzuschreiten. — Nachdem Herr Schack sich als „Jungkonservativer" eingeführt und nach einer baldigen Wiederherstellung des gelösten konservativ-klerikalen Ehebandes geseufzt hatte, geißelte der Pole Korfanty mit berechtigter Schärfe die Sozialheuchelei jener Parteien, die hier im Reichstage Posadowskytöne reden und im Dreiklassenhause das Bergrecht delbrückisieren. Ein nachträglicher Ordnungsruf des Aufsichtsratspräsidenten Kämpf bestätigte die Richtigkeit der Korfantyschen Ausführungen. Der Zentrumsabgeordnete Giesberts rieb sich einerseits an den Ausführungen des Genossen Hue, andererseits wandte er sich nicht ohne Schärfe gegen die polizeilichen Schikanen, mit denen der Kulturstaat Preußen die Arbeiterbewegung inkl. der christlichen zu hemmen sucht. In einer kurzen, aber äußerst wirksamen Rede trat Hue dem vom Millionär Dirksen wieder aufgetischten ebenso albernen wie gehässigen Märchen der Mästung der Gewerkschaftsführer von Arbeitergroschen entgegen. Es ist hervorzuheben, daß auch Herr Giesberts diese Anpöbelungen des aristokratischen Legationsrats gekennzeichnet hatte. Genosse Hue verwies gegenüber der Dirksen'schen Millionärphantasien über die Mittelstandsfeindlichkeit der Sozialdemokratie auf das schwunghaft betriebene Bauernlegen, das den Grundstock so manchen junkerlichen Riesenvermögens gebildet hat. Mit wuchtiger Kürze stellte unser Fraktionsredner fest, daß stets nur das Drängen der Arbeiterschaft die widerstrebende Reichstagsmehrheit auf den Weg sozialer Reformen gedrängt hat. Nachdem noch der schlichte Pauli aus Potsdam in der ihm eigentümlichen Weise die legationsrätliche Märchensammlung auch seinerseits bereichert hatte, lief ein konservativ-antisemitischer Schlußantrag ein. Die Freisinnigen stimmten natürlich für den Antrag ihrer Kartellbrüder Nor- und Liebermann. Am Dienstag stehen die dritte Lesung des Kolonialetats und Interpellationen, zunächst die über die Strafprozeßreform, zur Beratung.

Der Mohr bleibt schwarz. Nichts hat die herrschenden Klassen bei den letzten Wahlen so in Verlegenheit gebracht, wie der zahlenmäßige Nachweis, wie sehr sie durch ihre Steuer- und Zollpolitik den besitzlosen Massen die Lebensmittel verteuern. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erhielt den gebundenen Befehl, nachzuweisen, daß Deutschland nicht nur das freieste, sondern auch das am wenigsten durch Zölle bedrückte Land sei, und noch vor wenigen Tagen, bei den Etatsdebatten, stellte sich der edle 12 000-Mark-Graf-Posadowsky hin und „bewies", daß der Deutsche weit weniger mit Zöllen belastet sei, als der Engländer und der Amerikaner. In England fallen 15,80 Mk. auf den Kopf, in Amerika 14,95 Mk. und in Deutschland 10,49 Mk. an Zöllen.

Mit dieser Weisheit geht nun in der neuesten Nummer der „Nation" der Abg. Gothein ins Gericht. Jedem denkenden Menschen, sagt Gothein, falle das Unsinnige der Posadowskyschen Logik ohne weiteres in die Augen. Da es aber viele gebe, die die zahlenmäßigen Angaben des Stellvertreters des Reichskanzlers als richtig hinnehmen, so habe er sich der zunächst überflüssig erscheinenden Aufgabe doch unterzogen.

Das deutsche Schutzzollsystem hat die deutschen Unternehmer zu Kartellen und Syndikaten vereinigt, die sie in den Stand setzen, auch den Inlandspreis der geschützten Ware um die ganze oder teilweise Höhe des Zolles zu verteuern. In einem solchen Falle erscheint eine Einnahme aus dem Zoll in der Statistik überhaupt nicht oder so gut wie gar nicht, aber der Konsument fühlt es in genau der gleichen Stärke, ob nun die Mark, die ihm abgenommen wird, in dem Säckel der kartellierten Unternehmer oder in der Staatskasse verschwindet. Und nun geht Gothein an einer Reihe praktischer Beispiele durch, wie hoch in Wahrheit die Belastung des deutschen Volkes durch die Zölle ist, und wie hoch sie in der amtlichen Statistik erscheint. Nach der Statistik des Herrn Posadowsky beträgt die Belastung durch den Fleischzoll pro Kopf nur 20 Pf., tatsächlich beträgt sie 13,50 Mk.! Dasselbe gilt für die Verteuerung des Brotes durch die Zölle. Die Reichsstatistik, die nur die wirkliche Einfuhr in Rechnung stellt, ergibt eine Zollbelastung von 2,75 Mk. pro Kopf. In Wahrheit beträgt sie 17 Mk.

Das fünf Pfund schwere Roggenbrot wird durch den Zoll von 5 Mark pro 100 Kilogramm Roggen je nach der Feinheit des Mehls, aus dem es gebacken ist, um 15½ bis 17 Pfennig verteuert; nimmt man den Durchschnitt von 15,5 Pfennig und den Jahresverbrauch von Roggen- und Weizenmehl in der Gestalt von Mehl, Brot und anderm Gebäck zu nur 180 Kilogramm (nach der Reichsstatistik betrug 1902/03 der Verbrauch für menschliche und tierische Ernährung und gewerbliche Zwecke an Roggen 158,3, an Weizen 100,1 Kilogramm), so macht das für den Konsumenten 9,40 Mark pro Kopf aus, und rechnet man die anderen Getreidearten dazu, die zwar ebenfalls zur Viehfütterung mit benutzt werden, aber noch auf diesem Umwege dem Menschen die Lebenshaltung verteuern, so macht das eine weitere Belastung pro Kopf von etwa 7 Mark, zusammen also von 16,40 Mark aus, was mit der Verteuerung der Hülsenfrüchte mindestens 17 Mk. ergeben wird.

Noch viel skandalöser steht es beim Branntwein mit der berüchtigten Liebesgabe an die Brenner. Das Reich zieht jährlich 114 Millionen Mark aus Branntweinzoll und -steuer. Hunderte von Millionen aber fließen gleichzeitig in die Taschen der Schnapsproduzenten. Aus der

Eisenindustrie berechnet die Reichsstatistik eine Zollbelastung von 3—4 Pfg. pro Kopf, in Wirklichkeit macht die Verteuerung 3 Mk. aus. Die hohen Eisenzölle haben zu einer fast vollständigen Kartellierung der Eisenindustrie geführt, wodurch der Inlandspreis völlig um die Höhe des Zolles verteuert wird zugunsten der deutschen Eisenindustriellen.

Man sieht, zu welchen Pfiffen und Kniffen der edle Posadowsky seine Zuflucht nehmen mußte, um zu „beweisen", was eben nicht bewiesen werden kann. Es bleibt dabei: in keinem Lande der Welt wird die besitzlose Masse so raffiniert durch Zölle und indirekte Steuern ausgebeutet, wie in Deutschland.

Zentrumshohn. Über den Block höhnt die „Köln. Volkszeitung" in der Antwort auf ein liberales Blatt, das von dem Keim der Zersetzung im Zentrum geredet hatte:

„Die Regierung und der Regierungsblock haben an ihrem eigenen „Keim" genug, aber was die „Zersetzung" betrifft, so kann der Block freilich nicht zersetzt werden, da er ja noch nicht einmal ordentlich zusammengeleimt ist. Dieses unglückliche Wesen — der Block nämlich — wagt sich nicht zu regen und kann keinen Schritt tun, weil das liberale und das konservative Bein nicht miteinander harmonieren und immer nach verschiedenen Richtungen ausschreiten. So ist der Block nicht bewegungsfähig und liegt nun da wie — ein Block . . .

In der neuesten Bühnenliteratur ist es ja nichts seltenes, daß zwei Verfasser zusammen an einem Stück arbeiten; aber wie eine Wirtschaftspolitik beschaffen wäre, die von der Firma Roesicke und Pachnicke zugeschnitten wäre, möchten wir doch einmal sehen. Darum haben wir die Empfindung, als manövriere der Kanzler mit seinem neuesten Kurse ganz regelrecht in eine Sackgasse hinein. Eingestehen wird er's ja nicht, sondern, wenn er nicht mehr weiter kann, triumphierend ausrufen, die Naturschönheiten der Sackgasse fesselten ihn derart, daß er nicht mehr heraus möge."

Das Zentrum weiß recht wohl, warum es sich diesen Hohn leisten kann.

Achtung! Sprengpulver! Die „Nationalzeitung" hatte darüber geklagt, die „Deutsche Tageszeitung" und die „Kreuzzeitung" hätten gegen die konservativ-liberale Mehrheit schon eifrig gebohrt, bevor sie ins Leben getreten war und hinterher hörten sie nicht auf, an dem vorzeitigen Verfall dieser Mehrheit zu arbeiten. Ob dieses Vorwurfs blickt das Bündlerblatt recht blauäugig und unschuldig in die Welt und erklärt mit einer Naivität, die in Wahrheit satanische Bosheit ist:

Was uns anlangt, so sind wir uns dessen nicht bewußt, diesen Vorwurf verdient zu haben. Wir haben im Gegenteil dem Reichskanzler mehrfach gewünscht, daß es ihm gelingen möge, die Mehrheit zusammenzuhalten, und haben ihm deswegen empfohlen, auf die Einbringung von Gesetzentwürfen zu verzichten, die als Zankapfel oder Sprengpulver wirken könnten. Wir haben uns darauf beschränkt, vor der Einbringung gewisser Vorlagen zu warnen. Die Liberalen haben aber geradezu Gesetze und Maßnahmen gefordert, die als Sprengpulver wirken müssen, weil sie von den konservativen Parteien nicht gutgeheißen werden können. Wenn sonach die National-Zeitung sich berufen fühlte, gegen die „Bohrversuche" einzuschreiten, so mußte sie ihre Kritik nach beiden Seiten richten. Das eben genannte nationalliberale Blatt weiß aber ein Mittel für den Reichskanzler, wie er den agrarischen Widerstand eventuell brechen und eine anti-agrarische Mehrheit zusammenzwingen könne. Dieses Mittel ist die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise. Daß Fürst Bülow nicht daran denkt, ein derartiges Mittel anzuwenden, braucht nicht besonders betont zu werden. Sollte aber irgendein Kanzler der Zukunft auf diesen Gedanken kommen, so würde davon der Liberalismus sehr geringen Vorteil haben. Der Löwenanteil würde der Sozialdemokratie zufallen. Ob das den Wünschen der „National-Zeitung" entspricht, wissen wir nicht.

Aus der Silvesterepistel und den sogenannten Programmreden Bülows hatten die liberalen Bundesbrüder des Blocks sich allerlei Wechsel auf eine liberale Zukunft zurechtgeschnitten. Doch sobald sie nur Miene machen, eins dieser harmlosen Papierchen aus der Tasche zu ziehen, schreien die Junker entsetzt: Um Himmelswillen! Sprengpulver! Feuersgefahr! Und beschämt, wie ertappte Langfinger, lassen die Liberalen den Wechsel wieder in der Tasche verschwinden. Den Konservativen aber bedeutet diese ständige Verhöhnung der lieben Freunde und getreuen Nachbarn eine angenehme Uebung des Zwerchfells.

Der illustrierte Bülow. Die „National-Ztg" weiß zu berichten:

Die Etatsreden des Fürsten Bülow werden vom „Vertrieb patriotischer Schriften" als Flugblatt verbreitet. Das kleine Heft, mit einem wohlgetroffenen Bilde des Reichskanzlers geschmückt, ist in äußerst geschickter Weise ausgestattet. Die markantesten Wendungen in den Reden Bülows sind nämlich von einem gewandten Zeichner flott und witzig illustriert. Ungemein drastisch ist beispielsweise die Stelle vom Zusammenstoße Dernburgs mit Roeren vom Stift des Zeichners erläutert: Dernburg, der Rock und Hut abgelegt hat, schaut, die Hände in den Taschen, befriedigt auf Roeren nieder, den er glatt auf den Boden gesetzt hat und der sich das schmerzende Haupt betastet und den Magen hält. Singer und Roeren Arm in Arm sind eine köstliche Studie, die dem besten Witzblatt Ehre machen würde, nicht minder Bebel, wie er dem Andenken Bismarcks seine Huldigung darbringt, oder Ede Bernstein, wie er nach der Pfeife von Rosa Luxemburg tanzt, und andere mehr. Die nationalen Parteien seien auf diese neue und sicher höchst wirksame Form der Flugschriftenagitation aufmerksam gemacht!

Selbst die Blockhottentotten durchschauen ihren Bülow. Denn daß sie seine Reden mit Zeichnungen aus der Geistessphäre des Reichsverbandes herausgeben und damit das Niveau seiner politischen Fastnachtsspäße andeuten, ist doch die ausgesuchteste Bosheit, die man sich denken kann.

Minister Breitenbach gegen das Koalitionsrecht. Am Sonnabend hielt bei der Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung der neue Verkehrsminister eine Rede, durch die er den Beweis erbringen wollte, daß er in bezug auf die Betätigung scharfmacherischer Anschauungen nicht hinter seinem Vorgänger zurückbleiben will. Wie die verstorbenen Minister v. Thielen und v. Budde, so duldet auch Herr Breitenbach keine Sozialdemokraten in seiner Verwaltung. Das Koalitionsrecht der Arbeiter steht für ihn nur auf dem Papier, die Arbeiter dürfen sich wohl zusammenschließen, aber nur in staatlich konzessionierten Vereinen, dagegen nicht in den „auf Umsturz der Gesellschaftsordnung" hinarbeitenden Gewerkschaften, worunter Herr Breitenbach die freien Gewerkschaften versteht. Ganz besonders hat er es auf den süddeutschen Verband abgesehen, dessen Aufruf zu den Reichstagswahlen es ihm angetan hat. Auch die Rede unseres Genossen Legien auf dem Mannheimer Parteitage, worin er als Vorbedingung für die siegreiche Durchführung eines Massenstreiks die Organisierung der Arbeiter im Verkehrsgewerbe, vor allem in der Eisenbahnverwaltung, hinstellte, dient ihm als Vorwand für seine Bestrebungen, die staatsbürgerlichen Rechte den Eisenbahnern noch mehr zu kürzen. Daß er mit seiner Rede den lebhaften Beifall des Dreiklassenparlaments erntete, versteht sich von selbst. Wann und wo wäre diese „Volksvertretung" jemals für Volksrechte und für Volksfreiheiten eingetreten; Je weniger die Verwaltung den Verkehrsbedürfnissen gerecht wird, desto mehr stellt sie sich in den Dienst politischer Bestrebungen. So war es unter Thielen, so war es unter Budde, so ist es unter Breitenbach, und so wird es bleiben, bis die Arbeiterklasse die politische Macht erobert haben wird. Am Montag wird zunächst die Geschäftsordnungskommission über den Antrag auf Genehmigung zur strafrechtlichen Verfolgung der Redakteure verschiedener Parteiblätter wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses Bericht erstatten. Dann wird die Beratung des Eisenbahnetats fortgesetzt.

Bulgarien.

Ermordung des Ministerpräsidenten. Ministerpräsident Petkow wurde gestern, als er mit dem Handelsminister im städtischen Borisgarten promenierte, von einem entlassenen Beamten durch drei Revolverschüsse getötet. Handelsminister Genadjew wurde am Arm verwundet.

England.

Der Kanaltunnel wird nicht gebaut, trotz der französisch-englischen Entente, von der so viel Aufhebens gemacht wurde. Aus London wird gemeldet: Der Parlamentsuntersekretär des Kriegsministeriums Earl of Portsmouth sprach sich bei einer Rede, die er in Harrow hielt, über die Kanaltunnelfrage dahin aus, daß der Tunnelbau nicht auf Widerstand stoße, weil man wegen einer Invasion von außerhalb Befürchtungen hege, sondern weil er zu ernstlichen Beunruhigungen Veranlassung geben könne, die die etwaigen Handelsvorteile nicht aufwögen. Wie dazu von anderer Seite gemeldet wird, dürfte der Plan abgelehnt werden, bevor er noch an das Oberhaus gelangt ist. Es ist nämlich Brauch, daß derartige Projekte vom Unterhause abgelehnt werden, wenn die antragstellende Gesellschaft nicht vorher die erforderlichen Mittel aufgebracht hat. In diesem Falle handelt es sich um die Gesellschaft Dover-Shettham, deren Verwaltung erklärt, daß sie nicht über die zur Durchführung des Bauprojektes erforderlichen Gelder verfüge.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 11. März 1907.

15. Sitzung. Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Posadowsky.

Die Besprechung der Interpellation Trimborn (Z.) über die sozialpolitische Gesetzgebung wird fortgesetzt.

Dr. Mugdan (FVp.): Die Sozialpolitik ist gerade zur Zeit der ausschließlichen Zentrumsherrschaft mit Unfruchtbarkeit geschlagen gewesen. (Beifall links, Lachen im Zentr.) Das Gesetz über die Berufsvereine muß gründlich revidiert werden, aber nicht im Sinne der Trimbornschen Kritik, wenn es den Arbeitern keine schwere Enttäuschung bereiten soll. Einer Vorlage zur Abstellung der Mißbräuche beim Ausverkaufswesen werden wir zustimmen, ebenso trotz aller unserer Bedenken dem kleinen Befähigungsnachweis, wenn die Handwerker ihn denn durchaus wünschen. (Beifall bei den Ant.) Die Redner des Zentrums und der Sozialdemokratie spotten fortwährend über die Paarung. Unsere Paarung mit den Konservativen wird als unfruchtbar bezeichnet. Haben Sie doch Geduld; keine Paarung zeigt schon in wenigen Tagen ein Resultat. (Heiterkeit.) Die neue Mehrheit ist aus der Notwendigkeit entsprungen, das deutsche Volk von dem Joche des Zentrums und der Sozialdemokratie zu befreien. (Lautes Gelächter b. d. Soz. u. i. Zentr.) Die neue Mehrheit wird Bestand haben und wir werden in ihr im Sinne unseres gestern vor einem Jahre verstorbenen Führers Eugen Richters arbeiten. (Bravo! rechts und bei den Freis.)

v. Dirksen (Rp.): Die deutsche Sozialpolitik steht oben an in der Welt. (Lachen b. d. Soz.) Dem Mittelstand muß geholfen werden. Die Sozialdemokratie ist die geschworene Feindin des Handwerks und des Mittelstandes, darum propagiert sie auch die Konsumvereine. Die Gewerkschaftsbeamten sind Agitatoren, die von dem Gelde bezahlt werden, das den Arbeitern abgepreßt wird. (Stürm. Unterbrech. b. d. Soz.)

Präsident Graf Stolberg: Der Abgeordnete hat nicht von Sozialdemokraten hier im Hause gesprochen. (Stürm. Zurufe b. d. Soz.) Er hat von den Sozialdemokraten im allgemeinen gesprochen. Hätte er von Sozialdemokraten hier im Hause gesprochen, so wäre das unzulässig.

v. Dirksen (fortfahrend): Ich wiederhole, daß die Gelder, die die Sozialdemokraten für ihre Zwecke brauchen, von den Arbeitern erpreßt werden. (Stürmische Zurufe bei den Sozialdemokraten. Abg. Kaden ruft: Lügner, Verleumder!)

Präsident Graf Stolberg: Herr Abgeordneter, ich rufe Sie zur Ordnung. (Zurufe b. d. Soz.: Wen rufen Sie zur Ordnung?)

v. Dirksen (fortfahrend): Der Reichsverband ist ein patriotischer Verband (Gelächter b. d. Sozialdem.). Wir begrüßen die sogenannten gelben Gewerkschaften, die sich von dem Terrorismus der Sozialdemokratie frei zu machen suchen. Aus dem Antrag Kautsky auf dem Mannheimer Parteitage geht hervor, daß die sogenannten freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie völlig eins sind. (Zuruf b. d. Sozialdem.: Der Antrag ist ja gar nicht angenommen worden!) Wir halten es für richtig, daß man sich in der Sozialpolitik jetzt mit einigen Abschlagszahlungen begnügt, anstatt zu weite Ziele zu verfolgen. (Bravo! rechts.)

Schack (WVg.): Wir Jungkonservativen sind mindestens ebenso energisch wie das Zentrum für die Fortführung der Sozialpolitik. (Lachen b. d. Sozialdem.) Die Handwerkerfeindlichkeit der Sozialdemokraten läßt sich nicht wegleugnen. Bei der Neugestaltung des Gesetzes über die Berufsvereine möge Graf Posadowsky die christlichen Gewerkschaftsführer zu Rate ziehen. Aber eine Vorlage über die Arbeitskammern wäre wichtiger. Da jetzt so viele nach sozialpolitischer Betätigung lechzende Abgeordnete arbeitslos in Berlin und im Reichstage herumirren, würde sich die Errichtung einer ständigen sozialpolitischen Kommission empfehlen. (Bravo! b. d. Wirtsch. Vg.)

Korfanty (Pole): Wenn man nur die Reden hört, so sollte man denken, daß der ganze Reichstag aus Anhängern einer großzügigen Sozialpolitik bestünde. Leider stehen die Taten im Abgeordnetenhause nicht gerade im Einklang mit den Reden im Reichstage. (Sehr richtig! links.) Ich erinnere an die beiden Novellen zum Berggesetz, die gar nicht schlechter hätten sein können. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Polizei schikaniert die Gewerkschaften auf alle mögliche Weise. Von den Gewerkschaften veranstaltete Vorträge astronomischen und literaturgeschichtlichen Inhalts wurden als öffentliche Lustbarkeiten bezeichnet und verboten. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Verminderung der Arbeitszeit der Frauen begrüßen wir. Die Frauenarbeit in Bergwerken und Hütten müßte überhaupt verboten werden. In Oberschlesien und zwar gerade in den fiskalischen Gruben besteht sie noch in großem Umfange. — Hier war viel vom Mittelstande die Rede. Den polnischen Mittelstand sucht die Regierung auf alle Weise zu vernichten. Ist doch die ganze preußische Polenpolitik aufgebaut auf Unsittlichkeit und moralischer Verkommenheit. (Bravo! b. d. Polen.)

Giesberts (Z.). Wir sind mit den Erfolgen unserer Interpellation zufrieden. Keine Stimme hat sich hier gegen die Fortführung der Sozialpolitik ausgesprochen. Es scheint, als ob jetzt Zentrumspolitik ohne Zentrum getrieben werden soll. (Heiterkeit und Sehr gut! im Zentr.) Die von Herrn Dirksen empfohlenen gelben Gewerkschaften, die Arbeitervereine unter Leitung der Unternehmer, weisen wir entschieden zurück. (Sehr gut! im Zentr. und b. d. Soz.) Andererseits können wir uns aber auch nicht auf Herrn Hues Rattenfängertöne einlassen. Sein Freund Leimpeters hat noch jüngst in der „Neuen Zeit" die Vernichtung der christlichen Gewerkschaften proklamiert. Er ist allerdings vom Verbandsvorstande desavouiert worden. Aber die Parteipresse im Ruhrgebiet hat seine Stellungnahme freudig begrüßt. Erkennen Sie erst einmal die christlichen Gewerkschaften als existenzberechtigt an. (Abg. Hue: Das tun wir!) Herr Legien aber hat erklärt, solange er an der Spitze der freien Gewerkschaften stehe, werde er niemals die Existenzberechtigung der christlichen Gewerkschaften anerkennen. (Hört! hört! im Zentr.) Gegen die christlichen Arbeiter wird in den Werkstätten Terrorismus geübt. Wir wissen uns aber selbst dieses Terrorismus zu erwehren und wollen keine neue Zuchthausvorlage. Ich bin der Letzte, der die Zustände in den oberschlesischen Gruben billigt; aber auch in den Kreisen der sozialdemokratischen Arbeitgeber ist nicht alles Gold was glänzt. (Sehr richtig! im Zentr.) Gerade die Arbeiter haben alles Interesse an der Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes. Die Kritik, die ich bei der Beratung des Rechtsfähigkeitsgesetzes an der Handhabung des preußischen Vereinsgesetzes ausgeübt habe, halte ich vollinhaltlich aufrecht. Über Vorwürfe des mangelnden Patriotismus fühlen wir uns erhaben. Die katholischen Arbeiter haben ihren nationalen Sinn tausendfach betätigt. (Sehr richtig! im Zentrum.) Vorübergehende Wahlparolen werden nicht vermögen, die evangelischen und katholischen Arbeiter auseinanderzureißen. (Lebh. Bravo! im Zentrum.) — Wir haben nichts gegen eine Überwachung öffentlicher Versammlungen, wir wollen dieselbe aber durch qualifizierte Beamte geübt wissen und wollen nicht, daß die Notizen den Fabrikanten überliefert werden. (Hört, hört! bei den Soz.) — Bis vor einigen Jahren haben die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften paritätische Arbeitskammern gefordert. (Abg. Hué: Die Gewerkschaften nicht!) — Herrn Dirksen möchte ich noch zu bedenken geben, daß man mit Äußerungen über die Gewerkschaftsführer, die sich von Arbeitergroschen mästen, die Sozialdemokratie nicht bekämpfen kann. Solche Bemerkungen richten sich auch gegen alle anderen Gewerkschaftsführer. Der neuen Mehrheit rufe ich zu: Vorwärts auf sozialpolitischem Gebiet! (Lebhaftes Bravo! im Zentrum.)

Vizepräsident Kämpf ruft nachträglich den Abg. Korfanty wegen seiner Äußerung über die preußische Polenpolitik zur Ordnung. (Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Hué (SD.): Es ist nicht wahr, daß die Sozialdemokratie das Handwerk vernichten will. Nicht wir vernichten das Handwerk, sondern das Großkapital ist es, welches dieses Werk besorgt. Dagegen ist auch mit dem kleinen Befähigungsnachweise nichts zu wollen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wenn Herr v. Dirksen von unserer Mittelstandsfeindschaft sprach, dachte er wohl an das Bauernlegen seiner Standesgenossen. (Sehr wahr! b. d. Soz. Unruhe rechts). Herr v. Dirksen geht mit angeblichen Äußerungen meiner Parteifreunde hausieren. Dabei war er es, der einmal an seinem Stenogramm herumkorrigieren mußte, um nicht auf eine Äußerung, die er gemacht hatte, festgenagelt zu werden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Seine Äußerung über die Führer, die von Arbeitergroschen leben, hat bei uns einen berechtigten Entrüstungssturm hervorgerufen. Auch Herr Giesberts hat ja diese Äußerung mit Schärfe zurückgewiesen. Ich bin mit 40 Mk. pro Monat vom Bergarbeiterverband angestellt worden und zahlreiche Gewerkschaftsbeamte beziehen unter 100 Mark. (Zuruf rechts: Hungerlöhne!) Allerdings sind das Hungerlöhne, aber wie kommen Sie denn zur Wiederholung der niederträchtigen Verleumdung des Reichslügenverbandes, daß die Gewerkschaftsführer sich von Arbeitergroschen mästen? (Sehr gut! b. d. Soz.) Vergleichen Sie mit unseren Gehältern die Besoldungen der Beamten der Unternehmerverbände. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man nennt uns Streikhetzer. Nun, wir Gewerkschaftsführer ohne Unterschied der politischen Stellung sind immer bereit gewesen, zu unterhandeln, wenn die Unternehmer nur wollten. Die Zahl der Aussperrungen ist ganz beträchtlich in die Höhe gegangen. Der Herrenstandpunkt der Herren Thyssen und Tille ist es, der die sozialen Kämpfe fortwährend verschärft. Hätte der bergbauliche Verein mit der Siebenerkommission verhandeln wollen, wäre es nicht zu dem großen Bergarbeiterstreik gekommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Ein christlich nationales Blatt, der „Bergknappe", hat bei der Bergnovelle im Landtage von der vollen „Rückständigkeit des konservativen Klüngels" und von der „einseitigen Scharfmacherei" gesprochen. Die Gerechtigkeit fordert indessen, festzustellen, daß die Nationalliberalen in der Kommission die Führung bei der Verschlechterung hatten, sie aber nachher beim Plenum aus Feigheit den Konservativen in die Schuhe schieben wollten. Herr v. Heydebrand hat das Verhalten der Herren Hilck und Franken ganz richtig festgenagelt. — Die Ansichten meines Freundes Leimpeters sind vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes wie von der Redaktion der Bergarbeiterzeitung ausdrücklich abgelehnt worden. Die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes hat festgelegt, daß wir mit jeder anderen Gewerkschafts-Organisation zusammengehen. In der Beurteilung der gelben Gewerkschaften wie der Notwendigkeit des Zusammengehens aller Bergarbeiter stimme ich dem Kollegen Giesberts durchaus bei. Die Frage, ob Arbeitskammern oder Arbeiterkammern muß ausschließlich vom Standpunkt praktischer Arbeiterinteressen geprüft werden. — Von der konservativ-liberalen Paarung ist ja nach Herrn

Mugdan sobald nichts zu erwarten. Aber man sollte doch wenigstens die dringlichsten Aufgaben noch in dieser Session erfüllen. — Was an sozialpolitischer Gesetzgebung erreicht ist, ist stets nur erreicht worden durch das Drängen der Arbeiterschaft. Mein Parteifreund Bebel, der jetzt auf 40 Jahre parlamentarischer Tätigkeit zurücksieht, kann bezeugen, wie unsere Anregungen stets behandelt worden sind. Nur das einmütige Drängen der Arbeiterschaft kann die Mehrheit dieses Hauses zum Fortschreiten auf der sozialpolitischen Bahn bewegen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Paulli-Potsdam (K.): Die Sozialdemokraten schelten über den Ton des Herrn v. Dirksen. Wie es in den Wald hereinschallt, schallt es aus ihm heraus. Der Reichsverband bringt nur Wahrheiten vor. (Stürm. Gelächter b. d. Soz.) Die kleinen Geschäftsleute werden von den Sozialdemokraten terrorisiert. Man soll dem Mittelstande keine sozialpolitischen Lasten aufhalsen. (Bravo! rechts.)

Ein konservativ antisemitischer Schlußantrag wird angenommen. Auch die Freisinnigen stimmen dafür. Präsident Graf Stolberg konstatiert: Das ist die große Mehrheit, verbessert sich aber auf Zwischenrufe hin: „Also es ist die Mehrheit."

Darauf vertagt sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr. (Dritte Lesung des Kolonialetats. Interpellationen, zunächst Interpellationen über den Stand der Strafprozeßreform.)

Schluß 6¼ Uhr.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 12. März.

Zuzug von Tischlern, Drechslern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lübeck ist strengstens fernzuhalten.

Die Streikleitung.

Achtung, Steinarbeiter! Über die Kunstsandsteinfabrik von Brack u. Störmer ist von den Steinarbeitern die Sperre verhängt worden.

Der Vorstand.

Achtung, Maurer! Über die Beton-Firma „Komet"-Stettin, welche Arbeiten am Bau der Ölmühle in Siems ausführt, ist die Sperre verhängt worden. Die Kollegen wollen das beachten.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind folgende Papiere erforderlich:

1) Geburtsurkunde des Antragstellers. (Diese ist nicht erforderlich, wenn derselbe in Lübeck geboren ist.)
2) Staatsangehörigkeits-Ausweis.
3) Militär-Papier.
4) Anmeldeschein. (Aus demselben muß hervorgehen, seit wann der Antragsteller in Lübeck ist.

Eventuell (bei Gewerbetreibenden oder selbstständigen Handwerkern):

5) Gewerbe-Anmeldeschein.
6) Innungsmitgliedsschein.

Ist der Antragsteller verheiratet, so sind außer obigen noch folgende Papiere beizubringen:

7) Heiratsurkunde oder statt deren: Trauschein und Geburtsurkunden der minderjährigen Kinder.
8) Geburtsschein der Ehefrau.

Die Vorlage der unter 7 und 8 genannten Urkunden ist ebenfalls nicht erforderlich, wenn der Antragsteller vor dem hiesigen Standesamte die Ehe geschlossen hat und wenn die Kinder hier geboren sind. In diesem Falle hat der Antragsteller ein beim Stadt- und Landamt gratis erhältliches Formular auszufüllen.

Die hiesige Staatsangehörigkeit kann zugleich mit dem Bürgerrecht erworben werden; die erforderlichen Papiere sind die gleichen.

Bürger kann jeder volljährige männliche Angehörige des lübeckischen Staates werden, der mindestens in fünf einander folgenden Jahren seinen Wohnsitz in Lübeck gehabt und alljährlich Steuern bezahlt hat.

Der Antrag ist beim Stadt- und Landamt, Mühlenstraße, 1. Etage, Zimmer Nr. 8, Werktags in der Zeit von 9–1 Uhr zu stellen.

Die Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit ist kostenlos. Für das Nachschlagen verschiedener Register wird eine Gebühr berechnet.

Parteigenossen! Erwerbt das Bürgerrecht!

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am kommenden Montag abend 6 Uhr statt.

Der neue Güterbahnhof ist gestern resp. heute morgen in Betrieb genommen worden. Bei dieser Gelegenheit möchten wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß nunmehr auch eine geregeltere Abfertigung erfolgt, als es auf dem alten Bahnhof der Fall war. Der neue Güterboden ist in großen Dimensionen angelegt und in vier Abteilungen geteilt, die zusammen eine Länge von etwa 500 Meter haben. Für den Eilgüterverkehr ist ein besonderes Gebäude errichtet, das jedoch erst mit der Inbetriebnahme des Personenbahnhofs in Anspruch genommen wird. An den Güterboden, der zu Beginn die Bureau- und Schalterräume birgt, schließt sich am Schluß die Zollabfertigungsstelle an. Gleich nach der Verlegung des Güterverkehrs wird auf dem alten Bahnhofe mit dem Bau einiger neuer Bahnsteige begonnen, die dem Travemünder Sommerverkehr dienen sollen.

Mit der Uebervölkerung, angeblich auch ein Grund zum Anschaffen von Kolonien, scheint es in Wirklichkeit nicht gerade weit her zu sein. Nach den neuesten Feststellungen ist nämlich die Zahl der Geburten in einem fortwährenden Sinke begriffen. In Lübeck wurden geboren auf 1000 Einwohner im Jahre 1904 30,42, 1905 29,83, 1906 27,60. Diesen Zahlen gegenüber steht der Durchschnitt der Geburtenziffer im Reich, 1904 36,2, noch etwas günstiger da. Hinzu kommt noch, daß die Zahl der Eheschließungen in ständiger Zunahme begriffen ist. Auf 1000 Einwohner schlossen in Lübeck im Jahre 1904 7,48, 1905 7,95, 1906 8,28 den Bund fürs Leben. Trotz Zunahme der Heiraten nimmt aber die Zahl der Geburten ständig ab. Dieses Zurückgehen der Geburtenziffer wird denn auch eine „bedenkliche Erscheinung" genannt, und wohl oder übel muß man daran gehen, Gründe anzugeben. In etwas ist der Rückgang dadurch begründet, daß die durchschnittliche Lebensdauer zunimmt, es gibt mehr alte Leute, und diese verringern den ja auch zum Teil den Durchschnitt der Geburtenziffer. Bedeutend mehr interessiert uns aber ein anderer Grund, der den Rückgang der Geburtenziffer begründet. Da heißt es denn auch, daß „der Rückgang zum großen Teil auf die andauernde Teuerung zurückzuführen ist; eine Mahnung, bei wirtschaftspolitischen Gesetzen außer den materiellen auch die ethischen Wirkungen zu bedenken." Aber da will uns schier bedünken, daß in diesem Falle tauben Ohren gepredigt wird. Wie hier wieder die Statistik beweist, wird das Eintreten unserer Genossen gegen den Zolltarif glänzend gerechtfertigt. Wie häufig und in welchen Tönen auch der Reichstagsmehrheit diese Folgen der Lebensmittelverteuerung vorgehalten wurden, das Endergebnis war die Annahme des Wuchertarifs. Jetzt beginnt man zu klagen über das Sinken der Geburtenziffer, warnend zeigt man auf Frankreich, wo das nötige Rekrutenmaterial nur mit Mühe noch zusammengesucht wird. Ein kleiner Trost liegt darin, daß auch die Sterbeziffer etwas zurückgeht. Hier in Lübeck starben von 1000 Einwohnern im Jahre 1886 noch 22,8, im Jahre 1906 waren es nur noch 15,82. Aber immer ist dabei zu bedenken, daß die Zahl der Sterbefälle nur bis zu einem gewissen Grade fallen kann, während die Häufigkeit der Geburten unbegrenzter Verminderung fähig ist. Wird man die richtigen Lehren ziehen können? Wird man den Weg einschlagen, den schon längst die Sozialdemokratie gezeigt hat? Solange es „Notleidende" gibt, wohl schwerlich. Aber dann übernehme man auch die volle Verantwortung!

Sterblichkeitsverhältnisse. Die Gesundheit scheint in den deutschen Städten im weiteren Verlaufe des Monats Februar meist etwas gebessert. In der Woche vom 17. bis 23. Februar wenigstens zwei Berliner Vororte eine Sterblichkeit von weniger als 10 auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet, nämlich Wilmersdorf 7,0 und auffallender Weise Rixdorf 9,3. Sonst war die Sterblichkeit überall größer als 10, wenn auch vielfach nicht erheblich. Im einzelnen sie von den Städten mit mindestens 40 000 Einwohnern in: Aachen 24,4, Altona 16,5, Augsburg 27,9, Berlin 16,5, Beuthen 20,7, Bochum 16,8, Bonn 23,1, Borbeck 27,0, Brandenburg —, Braunschweig 18,0, Bremen 15,3, Breslau 23,9, Bromberg 17,1, Charlottenburg —, Chemnitz 18,7, Danzig 26,0, Darmstadt —, Dessau —, Dresden 17,9, Erfurt 20,7, Essen 19,3, Flensburg —, Frankfurt a. M. 16,7, Frankfurt a. O. —, Freiburg i. B. —, Fürth —, Gera 22,0, Hagen —, Halle a. S. 22,1, Hamborn —, Hamburg 13,7, Hannover 15,3, Harburg —, Heidelberg —, Kassel 17,1 Kaiserslautern —, Karlsruhe —, Kiel 15,3 Koblenz —, Köln 20,9, Königsberg i. P. 24,5, Königshütte —, Krefeld 22,4, Leipzig 16,8, Lichtenberg —, Liegnitz —, Linden —, Ludwigshafen —, Lübeck 14,3, Magdeburg 18,5, Mainz 19,5, Mannheim 17,4, Metz 21,3, Mülhausen i. E. 18,4, Mülheim a. Rh. —, Mülheim a. d. R. —, München 19,6, Münster —, Nürnberg 20,3, Oberhausen —, Offenbach —, Osnabrück —, Stettin 23,7, Straßburg i. E. 20,4, Stuttgart 21,8, Ulm —, Wiesbaden —, Worms 24,4, Würzburg 26,0 und Zwickau 12,7.

Aus dem Gerichtssaal. Der Arbeiter W., häufig vorbestraft, hatte sich gestern vor der III. Strafkammer zu verantworten. Er hat zu zwei verschiedenen Zeiten von der Schwartauer Allee Kaninchen und Hühner gestohlen. Die Kaninchen hat er, als er sie nicht verkaufen konnte, in bestialischer Weise abgeschlachtet, während er sich für die Hühner unter Vorspiegelung falscher Tatsachen Geld verschaffte. Der Angeklagte soll nach dem Gutachten des Physikus Riedel zwar geistig nicht ganz normal sein, dennoch aber ist seine Willensbestimmung nach Meinung Dr. Riedels nicht ausgeschlossen. Einschließlich einer früher erkannten 1jährigen Gefängnisstrafe wurde der Angeklagte zu 1 Jahr 6 Monaten 4 Wochen Gefängnis verurteilt.

Handelsregister. Am 9. März 1907 ist eingetragen: 1. bei der Firma Joseph Lischke in Lübeck; Die Firma ist erloschen. 2. bei der Firma Fedder J. Behm in Lübeck: Jetziger Inhaber: Kaufmann H. K. A. Goebler in Lübeck. Der Uebergang der im Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Erwerber ist ausgeschlossen. Die Firma ist in Hermann Goebler geändert. 3. bei der Firma G. H. F. Saß in Lübeck: Die Firma ist erloschen.

Bestätigt sind vom Stadt- und Landamt die Wahlen des Hufners J. H. Kahns in Hollenbeck zum Gemeindevorsteher, und der Erbpächter J. H. F. Hoffmann in Schönböken zum Gemeinderatsmitglied.

pb. **Festgenommen** wurde ein Schlachtergeselle aus Lebus, der am Sonnabend abend vorsätzlich die Spiegelscheibe eines Geschäftshauses in der Königstraße zertrümmerte.

pb. **Wem gehört die Tasche?** Bei einem gestern wegen Mordes festgenommenen Maler aus Bresnitz wurde eine Handtasche vorgefunden, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. Die Tasche ist mit blau und weiß gestickten Blumen besetzt und hat gelben Bügel mit einer sogenannten Schlangenkette. In der Tasche befand sich ein seidenes Taschentuch mit schwarzen Punkten, violetter Borde und den Buchstaben „J. E." Außerdem befand sich in der Tasche noch ein Abschnitt einer Postanweisung über 60 Kronen, abgestempelt am 8. 9. 06. Wien.

Stadttheater. Aus der Theaterkanzlei wird uns geschrieben: Morgen Mittwoch findet keine Vorstellung statt. Das weitere Repertoir dieser Woche gestaltet sich folgendermaßen: Donnerstag wird zum vorletzten Male das Lustspiel „Husarenfieber" wiederholt. Freitag gastiert als Rigoletto ein italienischer Bariton, Signor Francesco Mattoni aus Mailand. Sonnabend debütiert Herr Hans Helmuth Koch, ein junger Lübecker, als Franz Moor in Schillers „Räuber". Sonntag nachmittag wird zum letzten Male „Der Pfarrer von Kirchfeld" wiederholt. — Die Winterspielzeit schließt am Ostermontag, den 1. April, während nach erfolgtem Umbau die Sommerspielzeit am 16. Juni eröffnet wird.

Stadttheater. Benefiz Gildemeister. Den Reigen der diesjährigen Benefiz-Vorstellungen wird die beliebteste und melodiöseste aller modernen Operetten, Josef Strauß „Frühlingsluft", am Montag, den 18. März, eröffnen. Wenn es wahr ist, daß das Urteil des Theaterkassierers das sicherste Barometer für die Zugkraft eines Bühnenwerkes ist, so darf Herr Sekretär Gildemeister gewiß auf ein volles Haus rechnen. Da es sich um eine nur einmalige, sorgsam vorbereitete Aufführung handelt, so dürfte dem Benefizianten ein schöner Ehrenabend bevorstehen. Karten sind schon jetzt im Vorverkauf an den bekannten Stellen und beim Benefizianten selbst zu haben.

Eutin. Achtung! Am Donnerstag, den 14. d. Mts. abends 8 Uhr findet eine Extra-Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins statt, zwecks Verbreitung von Flugblätter im Fürstentum. Die Genossen werden aufgefordert recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Wittenburg. Ein Großfeuer wütete Sonnabend abend von ¾7 Uhr an in unserer Stadt. Es brannte das an der Großen Straße belegene, erst vor 11 Jahren hier neu erbaute Kaufhaus Ramelow und das links daneben liegende Kaufmann F. Ruwoldtsche Haus, während das zur rechten Seite liegende Wohnhaus der Wittwe Lange noch gerettet wurde, aber durch die hineingeworfenen Wassermengen so sehr gelitten hat, daß die Decken eingestürzt sind und die Bewohner das Haus verlassen mußten. Der Schaden beträgt 18 000 Mk.

Hamburg. Die Situation im Hafen. Gestern morgen sah man am Hafen dasselbe Bild wie alle Tage. Die Schauerleute haben sich laut einem Beschluß ihrer Versammlung wie gewöhnlich auf den Ausgluckstellen eingefunden. Hier wurden sie von den Stauern resp. deren Stellvertretern noch einmal gefragt, ob sie jetzt den Revers unterschreiben wollten, worauf überall ein Nein! erfolgte. Die Türen des Arbeitsnachweises standen auf, aber kein Schauermann ging hinein. Gleich nach 6 Uhr gingen die Leute dann von der Straße nach den verschiedenen Bezirkslokalen, deren fünfzehn bekannt gemacht sind, und ließen sich in die Listen als Ausgesperrte eintragen. Der Hafen hatte dann auch ein recht trauriges Aussehen. Man ist es gewohnt, daß die Dampfer der Stauer, die Schleppdampfer und Rundfährdampfer dicht mit Arbeitern besetzt sind, die nach den verschiedenen Schiffen fahren; heute sah man jedoch keinen Dampfer, nur die Rundfährdampfer, die regelmäßig fahren, waren spärlich mit Passagieren besetzt. Im Hafen selbst liegen auch die Schiffe ruhig, ohne daß dort gearbeitet wird. Nur auf den englischen Wochenbooten arbeiten die Schiffsleute, und ferner wird auf noch einigen Schiffen von den Bizen gearbeitet. Die hier anwesenden etwa 800 Engländer werden den Kohl nicht fett machen. Sie sind auf die verschiedenen Schiffe zur Arbeit verteilt worden. Den Löwenanteil dieser englischen Gentlemen hat die Hamburg-Amerika-Linie für sich behalten. Die meisten Stauer gönnen der Gesellschaft auch diese Leute und freuen sich, daß die sich mit dem Pack abplagen muß. Die Beköstigung zu Mittag muß auf den Schiffen erfolgen, wo sie arbeiten; auch wenn später gearbeitet werden soll, muß der Stauer dafür sorgen, daß die Streikbrecher auf dem Schiffe ihre Mahlzeiten erhalten. Weigert sich ein Kapitän, dem Gesindel Essen zu geben, so erhält er keine Leute. Die vier Logierschiffe „Rhätia", „Cobra", „Palanza" und „Anchoria" sind sämtlich nach dem Kohlenhafen verholt worden, der Zollinland ist. Ob man meint, damit den Bestimmungen des Zollvertrages zwischen Hamburg und dem Reiche genügt zu haben? Unseres Erachtens dürfen ebensowenig Hunderte von Arbeitern, die nicht Schiffsbesatzungen sind, ständig im Freihafen verpflegt werden, denn der Zweck der bezüglichen Bestimmungen des Vertrages würde dadurch glatt durchkreuzt werden. Im Kohlenhafen hat man die Streikbrechergesellschaft dann ganz eng beieinander. Die einzelnen Stauereibetriebe haben Nummern erhalten, da die Engländer diese nicht so leicht vergessen, aber den Namen nicht behalten können. Der englische Dampfer „City of Bradford" ist noch mit 339 Engländern von Grimsby hier eingetroffen. Der Schleppdampfer „Hansa" übernahm das Gesindel auf der Unterelbe bei Brunshausen und setzte es dann im Kohlenhafen auf den Dampfer „Anchoria" ab. Jetzt sollen noch etwa 200 Mann kommen und das soll dann die ganze Herrlichkeit an Arbeitswilligen sein. Und mit dieser Gesellschaft sollen unsere Hamburger Stauer hausen. Von den Getreide-Akkordschauerleuten werden diejenigen Schiffe, die in Arbeit waren, fertig gemacht. Diese Leute sind bis jetzt noch nicht ausgesperrt worden. Der Stauer der spanischen Dampfer läßt seine Schauerleute unter den alten Bedingungen weiter arbeiten. Im Altonaer Hafen wird weiter gearbeitet. Dorthin sollen auch die Bismarck-Dampfer zum Löschen und Laden verlegt werden. Bis jetzt ist noch nicht genau festgestellt, wieviel Schauerleute in die Listen eingetragen sind, da die Listen noch nicht ins Reine übertragen wurden. Gestern mittag hielten die Reeder mit dem Hafenbetriebs-Verein eine Versammlung im Börsensaale ab. Dort ist der alte Beschluß erneuert worden, keinen Schauermann in Arbeit zu stellen, der nicht unterschrieben hat. — Rebellion auf den Streikbrecher-Hotelschiffen? Nach am Hafen verbreiteten Gerüchten soll an Bord des Kasernenschiffes „Rhaetia" in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ein blutiger Krawall stattgefunden haben. Die englischen Arbeitswilligen sollen Landurlaub verlangt und, da er ihnen aus naheliegenden Gründen abgeschlagen worden, mit Messern auf den Kapitän, den ersten und dritten Offizier eingestochen haben. Der erste Offizier soll tödlich verletzt nach dem Hafenkrankenhause gebracht worden und dort am Sonntag morgen gestorben sein. Das „Fremdenblatt" berichtet über die Affäre: „Schwer mißhandelt wurden am Sonnabend der erste und dritte Offizier des Dampfers „Rhaetia", zur Hamburg-Amerika-Linie gehörend, von den an Bord dieses Schiffes untergebrachten, aus England eingetroffenen „Arbeitswilligen". Diese Leute verlangten Urlaub, um in die Stadt zu gehen, der ihnen von den wachhabenden Offizieren verweigert werden mußte, da Schlägereien zu befürchten waren. Hierüber erbost, fielen die Engländer über die beiden Offiziere her und mißhandelten sie schwer. Sie mußten nach dem Hafenkrankenhause gebracht werden. Der erste Offizier soll so schwer verletzt sein, daß man an seinem Aufkommen zweifelt." Der „Hamb. Corr." dementiert die Nachricht. Darauf ist jedoch nicht viel zu geben.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 10. März.

1. Qualität	111—118	Mk.
2. „	100—105	„
Ferner:		
Fehlerhafte und ältere	95—100	„
Schleswigsche und holsteinische Bauernbutter	—	„
Russische und ähnliche	100—110	„
Galizische und ähnliche, verzollt	—	„
Amerikanische und fremde, verzollt	—	„

Die letzte Reichstagswahl

hat bewiesen, daß die Blätter, welche die Interessen des werktätigen Volkes auf politischem Gebiete vertreten, noch weitere Verbreitung als bisher finden müssen. Deshalb auf zur Agitation für den

„Lübecker Volksbote"

Wer über die bevorstehenden politischen Ereignisse richtig unterrichtet sein will, der bestelle den

„Lübecker Volksboten"

mit der **„Wöchentlichen Unterhaltungsbeilage"** und der illustrierten Beilage **„Die Neue Welt"**. Der Bezugspreis inkl. der Beilagen beträgt viertelj. 2,00 Mk., monatl. 70 Pfg.

Bestellungen nehmen entgegen die Boten, sowie die Geschäftsstelle, Johannisstraße 46.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Bertha Moor
Ernst Melis
Verlobte.
Lübeck, den 12. März 1907.

Wilhelm Havemann zu seinem heutigen Wiegenfeste ein 999 mal donnerndes Hoch.
Nun rate mal.

Zu vermieten zum 1. April **eine kleine Wohnung** Elswigstraße 82.

Ein f. möbl. Parterre-Zimmer, Straßenfront, zu vermieten. Näheres
Augustenstraße 8 a, pt.

Eine Frau zum Waschen für jeden Dienstag gesucht
Marlistraße 42 r.

Zu kaufen gesucht **ein guterhaltener Sitz- und Liegewagen mit Gummireifen.**
Ang. mit Angabe des Preises u. der Farbe unter **S 39** an die Exp. d. Bl.

Ein guterhaltener Kinderwagen billig zu verkaufen Moislinger Allee 148 a.

Kanarienhähne u. -Weibchen (St. Seif.) zu verkaufen Wakenitzmauer 9 a, II., l.

Verloren ein Portemonnaie mit 25.18 M. Inhalt am Sonnabend abend 6 Uhr 20 Min. in der Roeckstraße. Der ehrl. Finder wird geb., dass. g. gute Bel. abz. Heinrichstr. 38, II.

Wohnungswechsel.

Wio wohnt jetzt:
Wakenitzmauer 60, pt.

---

5 Pfg. per Pfund aufwärts zahle für Hausstandslumpen, für Alt-Metalle u. Gummi die höchsten Preise Alfstraße 37.

Schweinefleisch Pfund 60 Pf.
Lützowstraße 14.

Hochfeines Lackö1 Pfd. 80 Pf.
Probat „ 60 „
empfiehlt
Hermann Goebler,
Lützowstrasse 13.

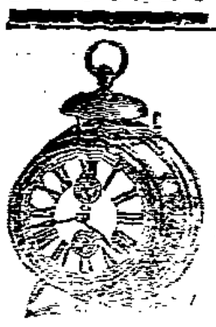
Prima Schweinefleisch
Pfund 60 u. 65 Pfg.
Prima Kalbfleisch
Pfund 30 und 40 Pfg.
Prima dünne Rippen
Pfund 30 Pfg.
Kopf und Bein Pfund 25 Pfg.
Karl Kühn,
Schlachterei,
Warendorpstr. 53, Ecke Schwart. Allee.

Van den Bergh's Margarine
„Frauenstolz"
— hochfeine Spezialmarke —
per Pfund 80 Pfg.
ersetzt feinste Butter.
Zu haben bei:
A. Hafemann, Elswigstraße 17 a.

---

ff. Salzheringe
ff. saure Heringe
ff. Bratheringe
ff. Rollmops
empfiehlt
Rud. Fromm,
Fackenburger Allee 25.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24



Zum billigen
Uhren - Schultz
ob. Johannisstraße 20.
Enormes Lager
— Uhren • Ketten —
Gold- u. Silberwaren
gold. Trauringe 585/1000 gest.
Rathenower Brillen.
Eigene Werkstatt.
Verkauf u. Reparaturen unter Garantie.

Gespart ist verdient!

Wer sich dieses zu Nutzen machen will, der kaufe seine

Konfirmanden-Anzüge
sowie
Konfirmanden-Stiefel
für Knaben und Mädchen
zu staunend billigen Preisen
38 Marlesgrube 38.
Trotz der billigen Preise gebe 4 % in bar.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.
L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft
Wegidienstraße 35.

Einem geehrten Publikum von Lübeck und Umgebung die ergebene Anzeige, daß ich mich mit dem heutigen Tage als

Töpfer

etabliert habe.

Indem ich reelle, saubere Ausführung aller im Fach vorkommenden Arbeiten bei soliden Preisen zusichere, bitte um geschätzte Aufträge.

Zugleich eröffne einen **Tonwarenhandel,** wie: **Teller, Schüssel, Schmor-, Milch-, Kochtöpfe, Kinderspielzeug** u. v. a. m.

Hochachtungsvoll
Heinr. Meyenborg, Töpfer,
Vorstadt St. Lorenz. **Reiferstraße 30.**

Hiermit die ergebene Anzeige, daß ich mit dem heutigen Tage
Nr. 60 Brolingstraße Nr. 60, Ecke Warendorpstraße,
ein

alkoholfreies Restaurant

verbunden mit Speisewirtschaft

eröffne. Für gute Speisen und Getränke bestens Sorge tragend, bitte um gütige Unterstützung meines Unternehmens und zeichne Hochachtungsvoll

Ferdinand Eichner.

Mittwoch nachmittag von 3—5 Uhr:
Grösseren Posten
Ochsenmarkknochen, sowie **Abfall-Fleisch,**
das Pfund 10 Pfg.
Frisch gesalzene **Schnauzen und Pfoten,**
das Pfund 20 Pfg.
Leicht gepökelte **Rippen,** das Pfund 20, 30 und 40 Pfg.
Kalbsknochen, mit ziemlich viel Fleisch das Pfund 7 Pfg.
Verkauf nur in der Fabrik **Beim Rethteich 14.**
Thüringer
Wurst- u. Fleischkonserven-Fabrik
August Scheere.
Versand auch nach auswärts gegen Nachnahme.

Bibliothek des praktischen Wissens.

Nr. 1. **Die Kunst der Rede,** Mk. 1.
Nr. 2. **Das Ehe- und Familienrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 4. **Das Erbrecht und die Testamente,** Mk. 0.75.
Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter,** Mk. 0.75.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Oeffentliche Versammlung
im Kolosseum
am Freitag, den 15. März 1907, abends 8½ Uhr.

Herr Alfred Geiser-Berlin:
Sozialdemokratie und Kolonialpolitik.

Freie Diskussion.

Auch hier in Lübeck haben die Gegner der Kolonialpolitik über den Wert der Kolonien völlige Unkenntnis bewiesen. Diese bisherigen Gegner werden besonders aufgefordert zu erscheinen, und sich an der Diskussion zu beteiligen.

Einlaßkarten sind unentgeltlich zu erhalten:
bei Herrn **L. Haukohl,** Sandstraße 22.
„ „ **W. Meyer,** „Turnerheim", An der Mauer 55 a.
„ „ **B. Nöhring,** Breitestraße 61 a.

Die Ortsgruppe Lübeck des Alldeutschen Verbandes.

Ein großer Posten
Herren-Anzüge,
Bukskin-Hosen,
ein **Posten Arbeitshosen** mit kleinen Webefehlern, sowie sämtliche
Herrenstiefel
in allen Sorten und Größen sollen äußerst billig verkauft werden. Trotzdem gebe 4 % in bar.
38 Marlesgrube 38.

Feinste Meiereibutter
Pfund 1.15 Mk.
Wilh. Krahn,
Butterhandlung. Königstr. 48.

Achtung Tapezierer!

Die Mitglieder-Versammlung am 13. d. M. **fällt aus.**

Nächste Versammlung:
Sonnabend, den 16. März.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Anfang 8½ Uhr.
Pünktliches Erscheinen erwünscht
Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 13. März 1907,
abends 8 Uhr
im Kolosseum:
22. Volkstüml. Konzert
(Orchester: 52 Musiker).
Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solisten: **Das Waldhornquartett,** die Herren **Seidel, Otto, Weissigk u. Koethke.**
Zur Aufführung kommen u. a.:
Ave Maria . . . . . H. F. Händel.
Vorspiel zu „Lohengrin" und „Walkürenritt" von . . . R. Wagner.
Kaiserwalzer . . . . . J. Strauß.
Programm im Lübecker Konzertanzeiger.

Panorama
Breitestraße 53, 1. Etg.
Vom 10.—16. März:
Donau-Reise.
Semlin, Belgrad, Turn, Severin.

Hansa-Theater
Nur noch 3 Vorstellungen!
Havemanns Raubtier-Dressur
und der letzte Spielplan der Saison 1906-07.

Stadt-Theater.
Direktion: Ludw. Piorkowski.
Mittwoch: **Keine Vorstellung.**
Donnerstag: **Zum vorletzten Male:**
Husarenfieber.
Freitag: **Rigoletto.**
Hr. Fr. Mattoni aus Mailand a. G.
Sonnab.: Debut Hans Helmuth Koch, Lübeck
Die Räuber.

Während meines Ausverkaufs wegen Vergrösserung der Geschäftsräume
zur Konfirmation
bedeutende Preisermäßigung
auf
Gesangbücher,
Konfirmationsbilder
und alle übrigen Geschenkartikel
sowie
Konfirmationskarten
teils für die Hälfte.
Auf alle Artikel außerdem
Rote Lubeca-Rabatt-Marken.
Georg Hohenschild
Sandstraße 19.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 60. Dienstag, den 12. März 1907. 14. Jahrg.

Der Wahlsieg der Sozialisten in Rußland.

Genosse L. Martow schreibt:

Die deutschen Leser sind bereits von dem glänzenden Sieg der Opposition bei den Dumawahlen unterrichtet. Es ist ferner bekannt, daß innerhalb der Opposition selbst die „Extremen", d. h. die Parteien und Gruppen, die links von den „Konstitutionellen Demokraten" stehen, gesiegt haben. Diese Tatsache an sich selbst ist von außerordentlich großer Bedeutung; denn sie ist ein Anzeichen dafür, daß die revolutionäre Gährung in dem Volke fortbesteht. Aber noch symptomatischer ist der für viele so überraschend große Sieg des Sozialismus.

Die genauen Angaben über die Parteizugehörigkeit der einzelnen Dumaabgeordneten treffen nur allmählich bei den Zentralinstitutionen der Partei ein, die Zeitungs- und offiziellen Meldungen aber sind höchst unzuverlässig und oft einander widersprechend. Dieser Umstand findet seine Erklärung vor allem in jener dem westeuropäischen Leser so unglaubhaft erscheinenden Atmosphäre des weißen Terrors, welche während der Wahlen in der Provinz geherrscht und die Kandidaten an vielen Orten gezwungen hat, ihre Parteizugehörigkeit vor „Uneingeweihten", d. h. den Behörden, sorgfältig zu verbergen. Diese Erscheinung trat hauptsächlich auf dem Land zutage, wo das vierstufige Wahlsystem besteht, und wo die Parteigruppen offen nicht agitieren konnten und deshalb zur illegalen Propaganda in den geschlossenen Dorfversammlungen und den Dorfvertreterkollegien ihre Zuflucht nehmen mußten. Die endgültige „Entzifferung" jener zweideutigen Parteibezeichnungen, die bis heute in den offiziellen und Zeitungsberichten, besonders mit bezug auf die Bauerndeputierten, angewandt werden, kann erst in der Duma selbst erfolgen.

Nachdem wir dieses vorausgeschickt haben, können wir über die Stärkeverhältnisse der „extremen" Parteien nur soweit Aufschluß geben, als es bis jetzt gelungen ist, die Angaben über die Parteizugehörigkeit von etwa drei Vierteln der gewählten Abgeordneten auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen.

Bis jetzt sind 482 Abgeordnete gewählt. Von ihnen gehören etwa 110 zu der gemäßigten Linken (das sind die Kadetten und die ihnen Nahestehenden), und nicht weniger als 180 zu der „extremen Linken". Von diesen Letzteren wissen wir, daß 50 unter ihnen als Kandidaten und Mitglieder der Russ. Soz.-Demokr. Arbeiterpartei gewählt worden sind. Es sind dies die folgenden Genossen:

1. Arbeiter Petrow (Gouv. Petersburg); 2. Dorfschullehrer Ismailow (Gouv. Nowgorod); 3. Arbeiter Perrn (Gouv. Réval); 4. Arbeiter Wogshanow (Gouv. Twer); 5. und 6. die Arbeiter Morew und Gubarew (Gouv. Moskau); 7. Arbeiter Shigilew (Iwanowo-Wosnessnesk); 8. Arbeiter Kalinin (Gouv. Kostrema); 9. Arbeiter Romanow (Gouv. Nishni-Nowgorod); 10. Maschinist Stephanow (Gouvernem. Pensa); 11. Buchhalter Tatarinow (Gouvernement Simbirsk); 12. Arbeiter Ruban (Gouvernem. Samara); 13. Bauer Komar (Gouv. Samara); 14. Arbeiter Lopatkin (Gouvernement Saratow); 15.—17. die Dorfschullehrer Anikin, Anissimow und Serow (Gouv. Saratow); 18. und 19. die Arbeiter Schagin und Tschaschtschin (Gouv. Perm); 20. Kontorangest. Petrow (Gouv. Perm); 21. Arbeiter Tomitschew (Krim); 22. Lehrer Nagich (Gouv. Ekaterinoslaw); 23. Arbeiter Bjelousson, Vorsitzender des Glaserverbandes (Gouv. Jekaterinoslaw); 24. Arbeiter Nesterow (Don-Gebiet); 25. Arbeiter Rybaltschenko (Gouv. Charkow); 26. Arbeiter Prichodjko (Gouv. Tschernigow); 27. Arbeiter Bjelanowski (Gouv. Kursk); 28. Arbeiter Gumento (Gouv. Kiew); 29. ehemaliger Student Kirienko (Gouv. Kiew); 30. Lehrer Fedorow (Gouv. Kiew); 31.—34. die Bauern Lagno, Sachno, Wowtschinsky und Snegir (Gouv. Kiew); 35. Lehrer Gerus (Kuban-Gebiet); 36. ehemaliger Student Mitrow (Kuban-Gebiet); 37. Arbeiter Kandeljaki (Gouv. Batum); 38. Schriftsteller Sarubow (Stadt Tiflis); 39. und 40. die Schriftsteller Dschugeji und Dschaparidse (Gouv. Tiflis); 41. Bauer Katziaschwili (Gouv. Tiflis); 42. und 43. die Schriftsteller Zeretelli und Macharadse (Gouv. Kutais); 44. Arbeiter Lomtaschidse (Gouv. Kutais); 45. Militärarzt Winogradow (Gouv. Omsk); 46. Angest. Golowanow (Turgdi-Gebiet); 47. Arbeiter Fedoron (Rjäsan); 48—50. Schriftsteller Saltykow, Arzt Bobrow und Arbeiter Wachruschew (Gouv. Wjatka).

Außerdem sind gewählt: Gouv. Kowno: Arzt Gudowitsch, die Bauern Kupstas, Pawilis und Kubilis (alles Kandidaten der Litt. Soz.-Dem. Partei), die ohne Zweifel sich unserer Fraktion in der Duma anschließen werden. Dazu kommt noch wahrscheinlich der Arbeiter Seynalow, der im Gouv. Baku als unabhängiger Sozialdemokrat gewählt wurde.

Wir haben nur diejenigen Deputierten angeführt, deren Parteizugehörigkeit mit voller Sicherheit festgestellt wurde. Die Zeitungsmeldungen zählen zu den Sozialdemokraten nicht weniger als noch 15 Mann hinzu. Etwa 8 bis 10 aus der „extremen Linken" haben bereits, ohne Kandidaten der Partei zu sein, ihre „Sympathie" für das sozialdemokratische Programm bekundet. Sowohl aus der einen, wie auch der andern Kategorie werden wohl nicht weniger als 10 Abgeordnete sich unserer Fraktion anschließen. Die noch ausstehenden Wahlen in Petersburg, Riga, Charkow und den Sibirischen Besitzungen dürften gleichfalls die sozialdemokratische Fraktion um einige Sitze vermehren. Alles in allem wird die sozialdemokratische Fraktion in der zweiten Duma nicht weniger als 65 Sitze innehaben. — Es muß noch erwähnt werden, daß nach der allgemeinen Ansicht die Duma genötigt sein wird, eine ganze Reihe von Wahlen zu kassieren, bei denen die Sozialisten und Liberalen durch rein mechanische, ungesetzliche Mittel in den Wahlmännerkollegien zur Minderheit herabgedrückt wurden. Diese Ungültigkeitserklärungen und die Neuwahlen werden alle oppositionellen Parteien verstärken, wobei die Sozialdemokratie wiederum auf einige Mandate in den Gouvernements Minsk, Nowgorod, Poltowa und Cherson rechnen kann.

Was die Sozialrevolutionäre Partei anbetrifft, so ist es vorläufig viel schwieriger, über ihre annähernde Stärke in der Duma etwas Positives zu sagen. Einige Blätter geben sie auf 54, andere dagegen auf nur 10 an. Dieser Widerspruch erklärt sich dadurch, daß die Sozialrevolutionäre als politische Richtung nur die extremste Färbung jener gewaltigen Strömung darstellen, die bei uns den Namen „Narodnitschestwo" führt und die durch das allgemeine Streben, das Gebäude des Sozialismus nicht auf der Grundlage des proletarischen Klassenkampfes, sondern auf der Evolution der selbständigen bäuerlichen Wirtschaft aufzubauen, charakterisiert wird. (Die noch extremere Richtung der „Maximalisten", die sich vor kurzem von der Sozialrevolutionären Partei getrennt hat, nahm an den Wahlen nicht teil, da ihre Prinzipien sich dem Anarchismus nähern.) Der rechte Flügel der „Narodnitschestwo"-Strömung wird von den „Volkssozialisten" gebildet; es sind dies ihrem Wesen nach gewöhnliche kleinbürgerliche Radikale mit einem katheder-sozialistischen Reformprogramm. In der Mitte zwischen den Sozialrevolutionären und den Volkssozialisten stehen die „Trodowiki" (Arbeitsgruppe), die keine bestimmte sozialistische Weltanschauung haben, aber zur Auffassung des Agrarsozialismus der „Narodniki" hinneigen. Die Partei der Sozialrevolutionäre ist auch die energischste, ausgeprägteste Gruppe der „Narodniki", die auch hier und da auf die organisierte Arbeiterbewegung Einfluß besitzt. Dennoch gingen die Sozialrevolutionäre bei den Wahlen in der Linken der Narodniki-Richtung auf, die einerseits den Kadetten, anderseits den Vertretern des proletarischen Sozialismus, den Sozialdemokraten entgegengestellt wurde. Es ist bis jetzt noch immer unbekannt, ob die Sozialrevolutionäre in der Duma eine selbständige Fraktion bilden werden, oder nur einen Teil der allgemeinen „Arbeitspartei", wozu einige hinneigen. — Jedenfalls ist die Zahl der Deputierten, die sich zu dem sozialrevolutionären Programm bekennen oder wenigstens ihm nahestehen, nicht gering. Wir schätzen sie auf 30—40.

Etwa 10 Deputierte gehören der gemäßigten Gruppe der Volkssozialisten an. — Im großen und ganzen werden in dem neuen russischen „Parlament", das von dem „weißen Terroristen" Stolipin einberufen worden ist, nicht weniger als 100, oder richtiger etwa 120 Deputierte — d. h. 20 bis 22 Proz. — sein, die sich offen zum Sozialismus bekennen. Die Hälfte derselben rechnet sich zu der „marxistischen" oder „orthodoxen" Sozialdemokratie. Man kann nicht umhin, in dieser Tatsache einen gewaltigen Sieg des internationalen Sozialismus zu erblicken.

Von den sozialdemokratischen Deputierten müssen die kaukasischen Genossen Zeretelli, Dschaparidse, Macharadse und Lomtaschidse hervorgehoben werden, die auf die Arbeiter- und Bauernbevölkerung ihrer Wahlkreise großen Einfluß besitzen. Macharadse und Zeretelli gelten als hervorragende Redner. Die Genossen Bjelousson (Ekaterinoslaw) und Romanow (Nischni-Nowgorod) sind Führer der gewerkschaftlichen Bewegung. Der Arbeiter Nesterow (Don-Gebiet) und der ehemalige Student Mitrow (Kuban-Gebiet) sind alte Parteimitglieder. Der Maschinist Stephanow hat bei dem letzten Eisenbahnerstreik (1905) eine führende Rolle gespielt. Der von den Bauern des Gouvernements Kiew gewählte Kirienko steht an der Spitze des „Ukrainer sozialdemokratischen Verbandes", der die Bauernbewegung in dem südwestlichen Teil Rußlands leitet.

Außerdem seien noch als sehr einflußreiche Genossen der Bauer Komal (Gouv. Samara), der Arzt Gudowitsch (Lit. Sozialdemokratie) und der esthnische Arbeiter Perrn (Reval) hervorgehoben.

Unter den Deputierten der Sozialrevolutionären Partei nennen wir den sehr bekannten Rechtsanwalt Shirsky und den Arbeiter Kabakow (Perm). — Unter den unbestimmten „Trudowiki" und den anderen „extremen Linken" sind sehr bekannt der Arzt Karawajew (Stadt Ekaterinoslow), der Statistiker Beresin (ehem. Sozialdemokrat, Stadt Saratow), der Bauer Belajew (Gouv. Astrachan), der Astronom Skalosubow (Gouv. Tobolsk), der Arzt Popow (Gouv. Charkow), der Ethnograph Naliwkin (Gouv. Taschkent), der noch vor wenigen Jahren Vizegouverneur war, jetzt aber als Kandidat des „linken Blocks" zu dem auch die S.-D. und S.-R. gehörten) gewählt wurde und seine revolutionäre Gesinnung nicht verbirgt; ferner der Priester Kolokolschikow (Gouv. Perm), der den Sozialrevolutionären nahe steht.

Der Kunstreiter.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(44. Fortsetzung.)

Georg hatte mit immer wachsender Spannung die prahlerische Anzeige wieder und wieder gelesen. Royazet — sein alter Rivale in mehr als einer Hinsicht, in Altona — der alte Mühler dort wieder engagiert, wohin ihm Karl jedenfalls vorangegangen. Sollte Georgine — Altona lag unter dänischer Gerichtsbarkeit außerhalb der deutschen Gesetze, und Petersburg — wenn sie ihm sein Kind nach Rußland entführte! — Er barg das Antlitz einen Augenblick in die Hand, aber es war auch wirklich nur ein Moment, in dem ihn die Sorge um die Tochter überwältigte. Schon im nächsten war er wieder er selbst, und Hut, Handschuhe und Reitpeitsche aufgreifend, verließ er das Zimmer gerade, als der Verwalter zu ihm die Treppe herauf wollte, ihm anzuzeigen, daß sein Pferd gesattelt wäre.

„Lieber Schönle," sagte Georg, „ich will jetzt nach Kleinmarkstetten hinüber, habe aber auch noch andere Geschäfte in der Nachbarschaft dort, und es ist möglich, daß ich mit meiner Frau erst in einigen Tagen zurückkomme. Einen erhaltenen Brief zu beantworten, muß ich aber einen Boten fortschicken, und da wir unsere Leute jetzt notwendig brauchen, werde ich einen Burschen aus der Försterei, den Forstwart oder wen sonst schicken. — Lassen Sie den alten Braunen herausführen, den Sattel auflegen und das Pferd dann, sobald Sie können, zum Forsthause hinaufschicken. Verstanden?"

„Sehr wohl, Herr Baron!" sagte der alte Verwalter, „ich dächte aber, denen im Forsthause schadete es auch nichts, wenn sie ihre Beine auf Gottes Erdboden setzten, statt sie über einen Sattel hinüber zu hängen."

„Das dauert mir dann zu lange," erwiderte Georg. „Tun Sie nur, wie ich gesagt habe. Sonst ist nichts Besonderes vorgefallen?"

„Nicht das Geringste, Herr Baron. Wir haben wacker gedroschen in der Zeit; Dünger ist gefahren, die Umzäunung am Garten ausgebessert, und jetzt sind nur noch die Holzfuhren zu machen, zu denen der Förster ein wenig drängt."

„Er hat Recht. Es ist auch die höchste Zeit, daß das Holz von dem Schlag fortkommt — also auf Wiedersehen, Schönle. Besorgt mir das alles gut; in einigen Tagen spätestens bin ich wieder da."

Mit diesen Worten war er die letzten Stufen der Treppe hinunter gegangen, legte seine Satteltasche auf, schnallte den Plaid daran fest, griff seinen Zügel auf, schwang sich in den Sattel und trabte aus dem Hofe, die Straße nach dem Walde einschlagend.

So hart den trefflichen Reiter aber auch der Schlag im ersten Augenblicke getroffen, daß ihm sein Kind, sein liebes Kind geraubt worden, so fest, ruhig und sicher fühlte er sich wieder, als er erst einmal im Sattel saß. Mit gutem Mut, durch eigene Kraft die List der Frau noch ausgleichen zu können und zu Schanden zu machen, trabte er den Weg entlang, und wenn es ihn auch manchmal drängte, das Pferd, den wackern Rappen, der ihn trug, zu rascherem Tempo anzuhalten, versagte er es sich doch, weil er eben nicht wußte, ein wie weiter Ritt noch heute vor ihm lag, und er sein treues Tier zu schonen dachte. So erreichte er das Forsthaus und fand hier den Forstwart Barthold schon seiner harrend, mit der Flinte auf dem Rücken, vor der Tür. Wie er den Herrn anreiten sah, kam er grüßend auf ihn zu, Georg aber aus dem Sattel springend, warf seinem Pferde den Zügel über den Nacken und sagte dann zu dem Alten:

„Guten Morgen, Barthold; kommt nur mit, ich begleite Euch ein Stück — ich habe etwas mit Euch zu reden."

„Gern, gnädiger Herr," erwiderte der Alte, „der Förster ist auch nicht zu Hause. Er ist auf den roten Schlag hinaus, um den Fuhren das Holz anzuweisen."

„Ich weiß schon — ich will auch nicht zum Förster," sagte Georg und schritt langsam den Waldweg entlang, bis sie aus Sicht des Forsthauses waren. Hier blieb er stehen, und sich gegen Barthold wendend, fuhr er fort: „Ihr seid neulich meiner Frau hier begegnet, als sie im Schlitten die Straße nach Kleinmarkstetten fuhr, nicht wahr?"

„Ja, Ew. Gnaden."

„Kennt Ihr den Herrn, der mit ihr im Schlitten saß?"

„Sie war allein — das heißt, mit dem Fräulein Tochter."

„Allein?" rief Georg überrascht.

„Allein, meine ich, als sie vom Gute an die große Eiche kam," bestätigte der Alte, „und von dort schickte sie mich mit einem Auftrage nach dem Gute zurück."

„So habt Ihr niemanden gesehen, der bei ihr war?" fragte Georg enttäuscht, denn auf den Forstwart hatte er seine ganze — seine letzte Hoffnung gesetzt.

„O doch," erwiderte der alte Mann. „Wie ich schon ein Stück fort war, kam ein Herr unten vom Dorfe den Weg herauf und stieg hinten auf den Schlitten, und dann fuhren sie zusammen fort. Ich blieb noch eine Weile stehen, weil ich glaubte, es wäre der gnädigen Frau vielleicht nicht angenehm, hier im Holze allein mit einem fremden Herrn zusammen zu treffen. Als ich aber sah, daß es ein Bekannter war, ging ich meiner Wege."

„Und so kennt Ihr den Herrn gar nicht?"

„Nein, Ew. Gnaden — ich weiß nicht, wie er hieß," sagte der Alte etwas erstaunt, denn das unruhige Wesen des Barons fiel ihm auf.

„Der Name tut nichts zur Sache," rief Georg ungeduldig, „ich meine nur, ob Ihr nicht wißt, wie er aussah — ob Ihr ihn wieder kennen würdet."

„Gewiß — an dem Tage habe ich ihn freilich nur von weitem und ganz flüchtig gesehen; den Tag vorher aber kam er schon einmal zur Eiche, die er sich wohl neugierig betrachten wollte, obgleich er ihr kaum einen flüchtigen Blick zugeworfen und von meiner Erklärung gar nichts wissen mochte. Es fror ihn ein wenig an den Füßen."

„Wie sah er aus?"

„Ein zierliches, geschniegeltes Männchen, städtisch und ein bißchen fremdländisch angezogen, mit einem kleinen schwarzen Schnurrbärtchen und einer Brille auf, obgleich er noch gar nicht alt sein kann, um schwache Augen zu haben."

„Und Ihr kennt ihn genau genug, ihn mir zu bezeichnen, wenn Ihr ihn wieder sehen würdet?"

„Ich kenne ein Stück Wild wieder, wenn es mir nur einmal flüchtig über den Weg gesprungen ist, wie viel mehr denn solch ein wunderliches Menschenkind, dem ich Auge in Auge gegenüber gestanden habe!"

Der Weise.

Von Maxim Gorki.

Es war einmal ein Weiser. Er erkannte das traurige Geheimnis des Lebens: Das Geheimnis erfüllte sein Herz mit finsteren Schauern des Schreckens und in seinem Dunkel erlosch ihm traurig alles Lachen auf Erden und die Freuden starben still dahin.

Mit dem kalten Auge seines Verstandes schaute er in die Tiefen der Zeiten und sah dort nur Finsternis; auch die Zukunft sah er ganz genau — auch dort war Finsternis.

Er ging die Wege seiner Heimat, die Straßen ihrer Städte und Dörfer; er ging, sein einsames weises Haupt wiegend, und im bunten Geräusch des Lebens tönte seine Predigt wie der traurige Klang von Sterbeglocken.

„Menschen! Ihr lebt zwischen Finsternis und Finsternis! Aus dem Abgrunde der Unwissenheit seid ihr hervorgegangen, im Nebel der Unwissenheit wankt euer Leben dahin, eisige Finsternis der Unwissenheit harrt vor euch."

Die Menschen hörten seine traurige Rede, verstanden ihre bittere Wahrheit und seufzten und blickten schweigend in das Antlitz des Weisen. Aber nachdem sie ihn auf den einsamen Weg der Weisheit begleitet hatten, gingen sie wieder zu ihren Geschäften zurück und zu ihren Gastmählern. Sie aßen ihr Brot und tranken ihren Wein, der das Herz fröhlich macht; sie ergötzten sich am Spiel ihrer Kinder und vergaßen ihre Nöte und das Elend, von dem sie eben erfahren. Sie kämpften gegeneinander um Reichtum und Besitz und hörten gerührt die Predigt der Liebe; mit Händen, vom Blute des Nächsten gerötet, liebkosten sie die ihrem Herzen angenehmen Schönen und mit Verräterlippen küßten sie ihre Freunde.

Sie stahlen einander Hab und Gut, und nachdem sie durch Diebstahl reich geworden, verteidigten sie hitzig das Eigentum. Ohne Scheu lügend und betrügend, sagten sie alle, daß die Wahrheit die Herrin des Lebens sei. Und es gab sogar einige, die an die wohltätige Macht der Wahrheit glaubten und für ihren Glauben litten. Und die Menschen liebten die Musik und weinten glücklich bei ihren Klängen, sie entzückten sich an der Schönheit — aber um sich herum duldeten sie das Häßliche und taten Widriges. Sie knechteten einander und sagten, daß sie nach Freiheit lechzten; sie verachteten die unter ihnen Stehenden — und wie ewig verschlagene Tiere haßten sie heimlich ihre Herrscher. Und stets wähnten sie, das Gute komme ihnen von außen, und verstanden nicht, es in sich selbst zu erschaffen. Denn sie waren erfüllt von kleinlichen Sorgen um die Bequemlichkeiten des Lebens; ihren Verstand erschöpften sie mit Feindschaft und Lüge, mit plumpen Schlauheiten, damit ihre unersättliche Gier nach den irdischen Gütern gestillt werde. So lebten diese komischen Käuze wie schmutzige Schweine und hielten sich für gefallene Engel.

Und ihr Leben glich einem schmutzigen Vulkan, einem unerschöpflichen Vulkan, der in die lichten Regionen der Himmel den verpesteten Brodem von Gestöhn und Wehklagen ausströmte, die klebrige Asche der Leiden und des Kummers und den stinkenden Unflat tierischer Begierden emporwarf.

Einsam wandelte der Weise durch die Eitelkeiten der Erde und sprach mit der Stimme der Allwissenheit: „Was ist das Leben? Ihr könnt es nicht sagen. Und wozu seid ihr da? Auch das ist euch unbekannt. Seht! Dieses ist euer Unglück."

Und da er sah, wie ein Liebender seine Geliebte umarmte, redete er traurig zu ihnen: „Der Tod wartet auf euch und eure Nachkommen!"

Und da er sah, wie Menschen sich prächtige Wohnungen einrichteten, redete er vorwurfsvoll: „Das alles ist reif für den Untergang!"

Und da er Kinder sah, die in den Blumen einer Wiese, selbst Blumen gleichend, spielten, seufzte er und sprach in seinem Herzen: „Die Ernte des Todes sehen meine Augen!"

Und da er hörte, wie einer von den Weisen des Lebens, die seiner Seele, die die finstere Weisheit des Todes erkannt hatte, fremd und feind waren, in einem Tempel der Wissenschaft die Jugend in ihren wunderbaren Geheimnissen unterwies, redete er lachend: „Beschränktheit ist deiner Weisheit Name. Denn die Erde wird untergehen und alle ihre Tempel und Wissenschaften und ihre Wahrheiten und Lügen, und du kennst nicht einmal Tag und Stunde deines eigenen Unterganges!"

— — — — — — — — — — — — — —

Aber eines Tages sah der Weise am Rande einer lärmenden Stadt, in einer dunklen, schmalen Gasse, voll Schmutz und Armut, im Dunst von Gestank und Fäulnis, eine gedrängte Menge Arbeiter. Einer hielt eine Rede. Und der Weise war erstaunt, wie sie zuhörten; niemals hörten die Menschen seine Predigten mit solcher Aufmerksamkeit und Gier. Und ein schmerzlicher Stachel des Neides traf das Herz des Weisen.

„Genossen!" sprach der Redner zu den Arbeitern, „wir liegen im Schlamme unserer Fron, gleich Steinen am Grunde des Flusses und über uns hin strömt das Leben unserer Unterdrücker. Wir sind ihnen nur Stufen und auf unseren Leibern steigen sie empor in lichte Höhen, und von dort richten sie die Kräfte ihres Verstandes gegen uns, um unsere Seelen noch mehr zu knechten. Sie wissen alles — wir nichts; sie leben — wir haben noch nicht gelebt; ihnen ist alle Weisheit bekannt — uns nur Märchen; alles Lichte ist in ihren Händen — in unseren nichts, und nicht einmal Brot haben wir genug, uns satt zu essen. Sie haben uns unterjocht und sind übersättigt, aber siehe, bald wird unser Hunger die Uebersatten besiegen, denn ihr Geist ist kraftlos, wir aber sind stark und lebensvoll, denn wir leben im Leben des Geistes. Wir wollen wissen, wir wollen Menschen sein, wir wollen leben. Wir wollen unsere gierige Seele mit aller Weisheit der Erde tränken, wir wollen alles, was schon da ist, und wir wollen schaffen, was noch nicht da ist!"

„Mensch!" sagte der Weise mit herablassendem Lächeln. „Irrtum ist deiner Worte Namen. Begrenzt ist die Erkenntnis der Menschen, nie werden sie mehr wissen, als wozu sie fähig sind. Und wird es dir, wenn du untergehst, nicht gleich sein, ob du dann hungrig bist oder übersatt, gleich jenen, gegen die du die schwachen Stacheln deiner Weisheit richtest? Und gilt es nicht gleich, ob du als Unwissender dich in die Gruft legst oder eingehüllt ins kalte Leichengewand jener nichtigen Lehren deiner Unterdrücker? Denke daran! Alles auf Erden und die Erde selbst wird in den Abgrund der Vergessenheit hinabstürzen, in den bodenlosen Strudel des Todes!"

Die Arbeiter blickten ihm schweigend ins Antlitz und regungslos hörten sie die weise Rede. Und kaltgrausam lehnten sie schließlich seine Worte ab.

Da sagte einer zu seinem Genossen: „Matwej! Mir tut die Hand weh, gib du dem alten Affen eins ins Genick!"

— — — — — — — — — — — — — —

Das ist alles!

Natürlich gebe ich zu, es ist etwas grob, dieses Arbeitervolk. Aber ist es seine Schuld? Wer hat es jemals gute Manieren gelehrt?" . . .

Soziales und Parteileben.

Christlicher Terrorismus. Der „Post", den „Lüb. Anz." und ähnlichem Gelichter, ganz besonders dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie empfehlen wir, unter der so beliebten Bülowschen Überschrift: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag ich Dir den Schädel ein", folgenden Fall recht sorgfältig zu registrieren. In Hildesheim ist der Tischler Kraft vom Schöffengericht zu 25 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Kraft ist Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes und agitierte für diesen Verband. Er wollte besonders den Tischler Wagner zum Eintritt in den Verband bewegen. Als Wagner den freiwilligen Lockungen aber durchaus nicht folgen wollte, schlug ihn der Beschuldigte schließlich mit einem Hammerstiel einige Male über den Kopf. Wegen dieser unchristlichen Tat wurde Kraft entlassen, obgleich er schon acht Jahre in der Fabrik tätig war. Der Oberwerkmeister Herbold erklärte kategorisch, daß er „Herr im Hause" bleiben wolle und keine Organisation in der Fabrik dulde. Ferner hat Kraft am Morgen des 10. November den Wagner, als dieser sich nach der Arbeitsstelle begeben wollte, angefallen und derartig mißhandelt, daß er besinnungslos zu Boden stürzte. Der Verteidiger des Angeklagten bat das Gericht, zu berücksichtigen, daß die Gewerkschaft, für die der Angeklagte Propaganda mache, nicht auf revolutionärem Boden stehe, sondern treu zu Kaiser und Reich halte, und das mag wohl auch bei Bemessung der oben angeführten minimalen Geldstrafe mit berücksichtigt worden sein. Wie würden unsere Scharfmacher den Fall wohl ausschlachten, wenn es sich um eine freie Gewerkschaft, statt um den christlichen Holzarbeiterverband handelte. Uns fällt es nicht ein, diesen Vorfall zu verallgemeinern und behaupten zu wollen, diese christlich nationale Roheit sondergleichen sei typisch für die Art der christlichen Agitation. Wir veröffentlichen dies nur, um den rüden Anwürfen gegen die freien Gewerkschaften zu begegnen. Der christlich-nationale Angeklagte kam, trotzdem er seinen Kollegen so brutal mißhandelte, mit einer milden Sühne davon. Hält man von seiten der Nationalen nun dieses Urteil für gerecht, so muß man zugeben, daß an den Mitgliedern der freien Gewerkschaften, die wegen wörtlicher, oft recht harmloser Beleidigungen ins Gefängnis gesteckt wurden, ein großes Unrecht begangen ist dadurch, daß letztere so hart bestraft sind. Daher wird man auf jener Seite die Roheit eines solchen nationalen Schützlings totschweigen und gegen die freien Gewerkschaften weiter lügen.

Die Hirsch-Dunckerschen Metallarbeiter in Berlin haben mit dem bekannten Kühnemänner-Verband ein Abkommen getroffen, das Streiks und Aussperrungen künftig vorbeugen soll. Natürlich haben die Unternehmer dabei ihren Vorteil trefflich gewahrt. Auf Festlegung von Minimallöhnen und Abschluß eines Tarifvertrages haben sich die Kühnemänner nicht eingelassen, angeblich „weil die Konkurrenz der Provinz und des Auslandes zurzeit derartige Festlegungen für alle Betriebe nicht durchführbar erscheinen läßt". Dagegen sollen durch eine paritätische Kommission alle Streitigkeiten geregelt werden und vor Erledigung des Instanzenweges dürfen weder Streiks noch Aussperrungen erfolgen. Die Hirsche können also bei Lohnbewegungen der freien Gewerkschaften ruhig Gewehr bei Fuß zuschauen und bei Streiks und Aussperrungen derselben dem Unternehmertum als Schutztruppe dienen.

Eine allgemeine Bauarbeiteraussperrung planen zum 15. März die Unternehmer in Hannover. Die Arbeiter verlangen eine Verkürzung der Arbeitszeit und einen paritätischen Arbeitsnachweis. Der Unternehmerverband hat jedoch beschlossen, auf diese Forderungen nicht einzugehen, sondern, wenn nach Ablauf des bestehenden Vertrages am 15. März ein neuer Vertrag nicht zustande gekommen ist, die Arbeiter in sämtlichen Betrieben auszusperren.

Generalaussperrung der Tapezierer. Die Tapeziererzwangsinnung hat in einer Versammlung einen folgenschweren Beschluß gefaßt. Bisher waren laut Beschluß nur die organisierten Gehilfen auszusperren, während die nichtorganisierten weiterarbeiten durften. Diese Maßregel hat jedoch nach Ansicht der Unternehmer zu Unzuträglichkeiten und zur Verlängerung des Lohnkampfes geführt. Die Innungsversammlung beschloß daher, daß sämtliche Tapezierergehilfen von Berlin und Umgegend auszusperren sind.

Arbeiterbewegung in Spanien. Eine große Rührigkeit entfalten die Genossen nicht nur für die bevorstehenden Wahlen, sondern auch in der Agitation für die Stärkung der einzelnen Vereine und Gruppen. Die aufgelöste Gesellschaft der Landarbeiter „La Redentora" hat sich wieder konstituiert: Der Maurerverband „El Trabajo" in Madrid hat festgesetzt, daß jeder Genosse, der vom 1. März an mehr als acht Stunden arbeite — nach der Vereinbarung mit den Unternehmern vom 30. Juni 1900 ist den Maurern der Achtstundentag gewährleistet, er wird aber in der Praxis wenig innegehalten — aus dem Verband unwiderruflich ausgeschlossen sein soll; weiterhin wurde die Beschickung des inter-

---

„Gut — habt Ihr Lust, Barthold, mich auf einer Tour zu begleiten?"

„Ich, gnädiger Herr? gewiß! — aber wohin?"

„Gleichviel — rüstet Euch, auf ein paar Tage auszubleiben. Für Lebensunterhalt braucht Ihr nicht zu sorgen; nehmt nur etwas reine Wäsche mit."

„Ein Hemd und ein Paar Socken stecke ich in den Jagdranzen."

„Nein — den laßt zu Hause; auch Eure Flinte, die wir nicht brauchen werden, denn das Wild, das wir suchen, fangen wir lebendig."

„Soll ich denn vielleicht einen Schwanenhals oder ein Tellereisen mitnehmen?"

„Nein", lachte Georg, „auch das ist nicht nötig, es geht auf keine Witterung. Ich werde jetzt mit Euch zum Forsthause zurückkehren. Apropos, könnt Ihr reiten?"

„Reiten? ja — es soll gerade nicht hübsch aussehen, wenn ich auf einem Pferde sitze", setzte er gutmütig hinzu, „und sie haben mich schon ein paar Mal deshalb ausgelacht, aber ich hänge fest, Trab oder Galopp, und herunter bringt mich keins."

„Desto besser — es wird vom Gute aus ein Pferd für Euch heraufgebracht werden. Aber eine Bedingung habe ich zu stellen — könnt Ihr schweigen?"

„Sehe ich etwa aus wie eine Plaudertasche?" sagte der alte Mann ernst.

„Gut — ich glaube es Euch. Kein Mensch erfährt später wo wir gewesen — hört Ihr? —, was wir dort getan — auch nicht, was ich vorhin über den Fremden mit Euch besprochen."

„Kein Wort, Ew. Gnaden", sagte der Alte, der zu ahnen begann, um was es sich hier handle. „Das bißchen Wäsche stecke ich denn einfach in die Tasche."

„Ihr könnt es mir nachher auch in meine Satteltasche geben."

„Ew. Gnaden wollen dem Schlitten folgen?"

„Ja — wißt Ihr genau, welchen Kurs er eingeschlagen?"

„Die gnädige Frau sagte, sie wolle nach Kleinmarkstetten, der Herr aber hat an dem Morgen seinen Wagen leer mit seinem Gepäck nach Hottweil geschickt."

„Wißt Ihr das gewiß?"

„Unten im Krug haben sie so gesagt, und der Kutscher soll gestern abend spät wieder leer durchs Dorf gefahren sein, wie mir einer der Holzmacher heute morgen erzählte."

„War es ein herrschaftliches Geschirr?"

„Wohl nur ein Lohnkutscher von Haiderdorf."

„Gut — wir dürfen aber trotzdem keine Zeit verlieren. Bestätigt sich das, so können wir vielleicht, wenn wir scharf zureiten, die Station noch erreichen, ehe der Schnellzug eintrifft. Das Pferd muß oben sein; jedenfalls ist es da, ehe Ihr Eure Sachen zusammen habt." Und ohne weiter eine Antwort abzuwarten, schritt Georg rasch zum Forsthause zurück, wenn auch der Förster nicht da war, doch dessen Frau davon in Kenntnis zu setzen, daß er den Forstwart auf einen oder zwei Tage in Geschäften mit sich nehme.

Barthold hatte indessen in wenigen Minuten seine geringen Vorbereitungen getroffen; bald darauf kam auch das Pferd, auf dem einer der Knechte heraufgeritten war, und sehr zum Erstaunen der Frau Försterin, die sich den ganzen Tag vergebens den Kopf darüber zerbrach, trabte Barthold hinter dem Herrn v. Geyseln in den stillen Wald hinein. Bis sie die Stelle erreichten, wo sich die verschiedenen Wege teilten, sprach auch Georg kein Wort, und kehrte sich nur manchmal nach seinem Begleiter um, zu sehen, wie er im Sattel saß. Der alte Mann hing allerdings in etwas wunderlicher Art auf dem Pferde, aber er hatte nicht zu viel von sich gerühmt, als er behauptete, daß er wenigstens festsäße. Georg fühlte sich darüber auch bald beruhigt und ließ sein eigenes Tier etwas schärfer austraben, bis er es an dem dreiarmigen Wegweiser zum erstenmal einzügelte.

Hier schieden sich die Wege; eine gewisse Spur war aber nur schwer noch zu erkennen, da Holz- und andere Fuhren die frische Schneebahn schon mit ihren verschiedenen Geleisen durchzogen und durchkreuzt hatten. Eine kurze Strecke indes langsam auf dem Wege nach Hottweil fortreitend, fand Georg bald die zarten, feingeschnittenen Hufe von Georginens Pferde seitwärts von der Bahn im Schnee abgedrückt, wo der Schlitten wahrscheinlich einer ihm begegnenden schweren Fuhre ausgewichen war, und die Zügel, ohne ein Wort weiter zu reden, wieder aufgreifend, schlug er den früheren scharfen Trab wieder ein, dem das alte und steifere Arbeitspferd kaum zu folgen vermochte. Die Station erreichten sie auch in der Tat bei guter Zeit und wohl noch eine Stunde vor Ankunft des Zuges. Kurze Nachfrage genügte, Georg zu überzeugen, daß er sich auf der richtigen Spur befände. Das Pferd, das Barthold geritten, übergab er dann einem der Leute dort, es im Dorfe einzustellen, bis er zurückkehre; sein eigenes, in zwei dazu geborgte Decken eingehüllt, wurde in einen der glücklicher Weise vorhandenen Pferdekasten geführt, und als der Zug heranbrauste, nahm er die Reisenden und das schon bereit gehaltene Pferd auf, und schnob davon auf seiner schmalen eisernen Bahn, den heißen Atem in die frostige Winterluft ingrimmig hinausblasend.

27

In Altona herrschte ein reges Leben, und der alte Forstwart Barthold schritt staunend an Georgs Seite durch die menschengedrängten Straßen. Das war eine Stadt — das war ein Treiben und Schieben durcheinander, und was für kostbare Waren überall — der Alte wäre am liebsten vor jedem Schaufenster stehen geblieben, immer neues anzustaunen und zu bewundern. — Und aus diesem Gewimmel von Menschen, wo es, wie bei einem Bienenschwarm, herüber und hinüberfuhr, sollte er den einzelnen Fremden heraussuchen, den er draußen im Walde gesehen? Der Kopf schwindelte ihm, und er ging die ersten Stunden wie in einem Traume umher.

Georg, der ihn begleitete, befand sich ebenfalls in furchtbarer Aufregung — freilich aus einem anderen Grunde — und mußte sich Mühe geben, wenigstens die äußere Fassung zu bewahren. Hatte er doch sein nächstes Ziel, den wahrscheinlichen Aufenthalt seines Kindes, seiner Josephine, jetzt erreicht — aber wo sie finden in der großen Stadt — und wenn gefunden, wie sie dann sich retten?

Gestern Abend war er, aber zu spät, um noch irgend welche Nachforschungen anzustellen, mit seinem Begleiter in Hamburg eingetroffen, und heute Morgen hatte er vergebens auf der Polizei in Altona angefragt, ob zwei Damen, eine Frau v. Geyseln und eine Frau Georgine Bertrand, angemeldet wären — man wußte dort noch nichts von ihnen. Den Namen des Entführers kannte er ja nicht.

In der Nähe des Zirkus durfte er auch nicht wagen, sich — wenigstens am Tage — blicken zu lassen, denn er blieb dort zu sehr der Gefahr ausgesetzt, von einem seiner früheren Leute, vielleicht gar von dem alten Mühler oder Karl, erkannt und verraten zu werden. Georgine wäre in dem Fall augenblicklich gewarnt worden und sein ganzer Plan vernichtet, jede Aussicht auf Erfolg zerstört gewesen. Da wurde, als er eben nach Hamburg hinüber wollte, um dort den Abend abzuwarten, seine Aufmerksamkeit auf große Zettel gelenkt, die ein junger Bursche an den Ecken anklebte. Ein Holzschnitt oben darüber — einen Reiter zeigend, der mit sieben Pferden dahinflog — ließ keinen Zweifel, zu welcher Vorstellung, und Georg trat, zitternd vor Angst und Erwartung hinan, den gesuchten und doch gefürchteten Namen seines Weibes — seines Kindes darunter zu finden. — und er hatte sich nicht geirrt. Der Name Georgine Bertrand stand allerdings nicht auf dem Zettel, aber die pomphafte Ankündigung eines neuen Gastes, einer Madame Georgette mit ihrer Tochter Mademoiselle Georgette, ließ ihm fast keinen Zweifel, daß Frau und Kind schon an diesem Abend, wenn auch unter anderem Namen, im Zirkus wieder auftreten würden.

(Fortsetzung folgt.)

nationalen Kongresses in Stuttgart von verschiedenen Korporationen aus beschlossen; vielfach wurden auch in der Provinz Protestversammlungen gegen die Verurteilung des Genossen Acevedo abgehalten.

Getreidepreis und Brotpreis. Die Argumente unserer Agrarier, denen die Wahrheit ebenso verhaßt ist wie niedrige Lebensmittelpreise, haben sich von jeher durch eine eigenartige Abwechselung ausgezeichnet. Behauptete man hier, daß Zölle und Zollerhöhungen den Preis überhaupt nicht beeinflußten, da das Ausland den Zoll trage, so hieß es dort, wenn die Unwahrheit dieses Grundes durch die Tabellen der Preise diesseits und jenseits der Grenze unwiderleglich dargetan war, an erhöhten Preisen sei der gesamte Bauernstand, ja der landwirtschaftliche Arbeiter als Verkäufer interessiert. Und wo diese „Beweisführung" durch die Zahlen der Anbau- und Verbrauchsstatistik totgeschlagen war, da behauptete die agrarische Wissenschaft schlankweg, daß erhöhte Getreidepreise überhaupt nicht in erhöhten Brotpreisen zum Ausdruck kämen. Vielmehr seien es die Müller und die Bäcker, die durch übermäßigen Gewinn die Preise verteuerten. Diese seien daher sehr wohl in der Lage, eine Steigerung der Preise des Rohmaterials zu tragen und zu decken.

Tatsächlich trifft aber auch diese agrarische Beweisführung in dieser Allgemeinheit keineswegs zu. Vielmehr erweisen die statistischen Feststellungen immer aufs neue den engen Zusammenhang zwischen den drei Erscheinungen: Brotpreis — Mehlpreis — Getreidepreis. So finden wir im letzten Vierteljahrsheft zur Statistik des Deutschen Reiches eine neue amtliche Bestätigung dieser Tatsache. Danach stellte sich in Berlin im Jahresdurchschnitt der Preis des Doppelzentners in Mark:

Jahr	Roggen (Lieferungsqualität)	Roggenmehl	Roggenbrot in den Bäckereien	Wenn Roggenpreis = 100 gesetzt, so beträgt d. Preis von Roggenmehl	Roggenbrot
1896 . .	11,88	16,30	20,93	137	176
1897 . .	13,01	17,44	22,30	134	171
1898 . .	14,68	20,12	25,15	138	172
1899 . .	14,60	19,37	24,21	133	166
1900 . .	13,26	19,21	23,96	135	168
1901 . .	14,07	18,86	24,23	134	172
1902 . .	14,42	19,61	24,21	136	168
1903 . .	13,23	17,97	23,83	136	180
1904 . .	13,51	17,55	23,55	130	174
1905 . .	15,19	19,07	24,30	125	160
i. Durchsch.	12,88	18,56	23,67	133,8	170,7

Aus diesen Zahlenreihen ist ersichtlich, daß die Preise des Halb- und Fertigfabrikats im selben oder folgenden Jahre mit ziemlicher Genauigkeit den Preisen des Rohmaterials folgen. Die beiden letzten Kolonnen der Tabelle zeigen uns die Verschiebungen der Preise zu einander, den Roggenpreis immer gleichmäßig als 100 gesetzt. Im ganzen ist das Verhältnis, wie man sieht, ziemlich konstant. Das Jahr 1906 hat die hohen Getreidepreise von 1905 noch hinter sich gelassen, und die kommenden Jahre werden weitere Belege dafür bringen, wie man die Renten der Großgrundbesitzer auf Kosten der brotessenden Masse in die Höhe getrieben hat. Die deutschen Wähler aber geben dazu ihren Segen.

Über ein sozialistisches Tageblatt verfügen nunmehr auch die japanischen Sozialisten. Die erste Nummer des „Heimin Shimboun" („Volkszeitung") ist datiert vom 19. Januar. Neben dem japanischen Text enthält das Blatt auch einen Teil in deutscher Sprache, wodurch die europäischen und amerikanischen Genossen in den Stand gesetzt werden, sich über die Entwicklung des Sozialismus in Japan zu unterrichten. Die erste Nummer wurde in einer Auflage von 30 000 in der Hauptsache in Tokio und in Osaka abgesetzt. Die Redaktion des „Heimin Shimboun" liegt in den Händen der Genossen Kotoku, Nishikawa und Sakai, die schon das Wochenblatt gleichen Namens in den Jahren 1903 bis 1904 bis zu seiner Unterdrückung durch die Polizei geleitet haben. Die Ausbreitung des Sozialismus in Japan ist um so bedeutungsvoller, als das japanische Volk einen großen Einfluß ausübt nicht bloß auf die mongolische Rasse, sondern auf den ganzen asiatischen Kontinent überhaupt.

Aus dem Gerichtssaal.

Strafkonto der Presse. Wegen Beleidigung der Kasseler Eisenbahndirektion wurde Genosse Schildbach von der „Nordhäuser Volksztg." zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Er hatte den Betrieb anläßlich der Tötung eines Bremsers beim Rangieren kritisiert. Dabei hat er von Plusmacherei geschrieben. Der Staatsanwalt hielt eine ziemlich politische Rede, worin er der „Volkszeitung" Verhetzung der Arbeiter vorwarf usw. Er beantragte indes 300 Mk. Geldstrafe, während das Gericht auf die oben angeführte Gefängnisstrafe erkannte.

Ein Lehrer als Mörder. Nach zweitägiger Verhandlung wurde vom Schwurgericht in Bayreuth das Urteil im Mordprozeß gegen den Lehrer Müller gesprochen. Der Angeklagte wurde, wie schon gemeldet, wegen Ermordung der Frau Enders in Bayreuth zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Damit ist bereis das zweite Todesurteil gegen Müller ergangen, da er auch das Schulmädchen Berta Wunschelmeyer in Dürnberg in Oberfranken ermordet hat.

Ein Menschenschinder schlimmster Art hatte sich in der Person des Wachtmeisters Leyerzapf aus Butzbach (Oberhessen) von der 2. Batterie des Artillerieregiments Nr. 25 am Donnerstag und Freitag vor dem Kriegsgericht in Darmstadt zu verantworten. Die Anklage beschuldigt ihn, in über tausend Fällen Soldaten in rohester Weise mißhandelt, gequält und gepeinigt zu haben. Die Sache kam dadurch ans Tageslicht, daß im vorigen Jahre durch einen zur Reserve entlassenen Kanonier bei dem Artillerieregiment Nr. 25 in Darmstadt eine Anzeige gegen Leyerzapf einlief. Alsbald angestellte Nachforschungen ergaben folgendes: Schon seit Jahren hat der frühere Unteroffizier und spätere Wachtmeister Leyerzapf seine Untergebenen in der hartherzigsten und rücksichtslosesten Weise drangsaliert, obwohl ihm sonst von seiner Batterie das beste Zeugnis ausgestellt wird. Schon seit dem Jahre 1898 kamen derartige Mißhandlungen vor. Einige Zeugen sagten aus, daß Leyerzapf sie gehauen habe, wo er sie gerade traf. Er benutzte dabei besonders Stöcke, Klopfpeitschen, Stiefel, den Säbel, oder was ihm sonst geeignet schien. Einem Soldaten warf er den Helm nach, so daß dieser in Stücke ging. Einzelne seiner Opfer schlug er mit der Peitsche so, daß sie bluteten. Er ließ sie lange an den Reckstangen hängen, ließ sie mit Henkelkrügen in den Händen und ausgestreckten Armen Kniebeuge bis zur Bewußtlosigkeit sitzen, aber die Krone setzte er dem Gebaren dadurch auf, daß er in zahlreichen Fällen den Leuten beim Appell derartig die Brustwarze drückte, daß sie blutete. Etwa 70 Mann aus den verschiedenen Jahrgängen machten für die lieblose Kompagniemutter sehr belastende Aussagen. Bis zum Schluß des ersten Verhandlungstages hatte der Verhandlungsleiter ca. tausend einzelne Fälle von Mißhandlungen und Quälereien festgestellt. Leyerzapf erklärt auf die ihm gemachten Vorhaltungen, daß er die Leute nicht habe quälen wollen, sondern er wollte ihnen nur eine bessere Ausbildung beibringen! Das Urteil lautete gegen diesen Unhold auf ein Jahr Gefängnis wegen Mißhandlung Untergebener in 647 Fällen. In 306 Fällen erfolgte Freisprechung. Auf Degradation wurde nicht erkannt, weil in den letzten drei Jahren keine Mißhandlung mehr erfolgt sei! — Jede Mißhandlung wurde also ungefähr mit einem halben Tage Gefängnis „gesühnt". Das ist geradezu eine Prämie zur Anspornung weiterer Soldatenschinder.

Die Majestät gerettet! Vom Landgerichte Straubing ist am 7. November v. J. der Privatier Andreas Dreger wegen Majestätsbeleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am Abend des 14. Juni v. Js. befand sich der Angeklagte im Wirtshause und war schwer betrunken. Er machte Bemerkungen über den König Otto und dessen Mutter; auch über die Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses soll er sich unehrerbietig geäußert haben. Natürlich fand sich irgend jemand, der hiervon pflichtschuldigst den Behörden Kenntnis geben mußte. — Die Revision des Angeklagten wurde am Donnerstag vom Reichsgericht verworfen.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 11. März 1907.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnete die Sitzung um 6¼ Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen Hauptlehrer Bödecker.

Zum Mitglied des Bürgerausschusses wurde Hauptlehrer Schulmerich gewählt; Wissell erhielt drei Stimmen.

Nunmehr stand zur Beratung, die Senatsvorlage betr. den Neubau des Stadttheaters. Der Senat beantragt: 1. daß der von der Theaterbaukommission mit ihrem Berichte vom 11. Februar 1907 hinsichtlich der Gestaltung des neuen Theaters vorgetragenen Entscheidung mit der Maßgabe die Genehmigung erteilt werde, daß eine Einrichtung zum Verstellen des Orchesters getroffen, die Reliefs an der Fassade in Tuffstein ausgeführt und die Zahl der Dekorationszüge von 38 auf 60 vermehrt werde; 2. daß der Theaterbaukommission die Bausumme von 1 734 320 Mk. bewilligt und dieser Betrag auf die Anleihemittel des Staates angewiesen werde.

Der Wortführer wirft einen kurzen Rückblick auf die bisherigen mit dem Theaterbau zusammenhängenden Beratungen und Eingaben und erteilt dann das Wort dem Bürgerschaftsmitgliede

Wissell: Selten hat eine Senatsvorlage eine so eingehende Diskussion hervorgerufen, wie diese. Von allen Richtungen und nach allen Richtungen ist sie geprüft und ich glaube, daß jeder, der heute in diesem Saale anwesend ist, sich auch über die Sache, die zur Entscheidung steht, wenigstens im Prinzip klar geworden ist. Durch Reden allein wird sicher keiner mehr zu überzeugen sein. Wenn nicht Gründe für eine bestimmte Auffassung angeführt werden, wird's Reden zwecklos sein. Die Sache ist aber zu wichtig, als daß wir sie über das Knie brechen dürften und wenn ich auch sagte, daß die Vorlage von allen Richtungen und nach allen Richtungen geprüft ist, so ist es denn doch sehr zweifelhaft, ob die uns zur Verfügung stehende Zeit genügt hat, uns mit allen Einzelheiten der Vorlage so vertraut zu machen, wie es notwendig ist. Zwar lange genug mag sich die Theaterbaukommission mit der Sache befaßt haben, um sich völlig klar zu sein — wenn auch zum Glück nicht im entferntesten so lange, wie die schon prähistorische Kommission zur Prüfung des Gesetzes über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Meine Herren, wie ist denn die Sache? Der ursprüngliche Plan des Senats ging dahin, lediglich ein Theater zu bauen und hierfür den Betrag von 1 Million Mark zu verausgaben. Mehrfach ist vom Senatstische hier erklärt worden, daß der Senat großes Gewicht darauf lege, daß diese eine Million nicht überschritten werde. Der Senat und die Bürgerschaft in ihrer Mehrheit waren der Ansicht, daß der Raumverhältnisse wegen das Theater nicht nach der Beckergrube könne. Dann kam das Danaergeschenk des Senators Possehl und nun sollte mit einem Male nicht mehr zutreffend sein, was bis dahin wahr gewesen. Obwohl sich dann inzwischen auch herausgestellt hatte, daß der ursprünglich als so vorzüglich gepriesene Baugrund in der Beckergrube miserabel war, so miserabel, daß jetzt eine meterdicke Betondecke über den ganzen Platz gelegt werden muß, wurde doch der Bau des Theaters mit Gesellschaftsräumen, oder umgekehrt der Bau der Gesellschaftsräume mit Theater auf dem Platze an der Beckergrube beschlossen. Die Gesellschaftsräume sollten 500 000 und die Fundierung 128 000 Mark kosten. So waren wir glücklich auf 1 628 000 Mk. gekommen. Senator Eschenburg sagte am 29. Dezember 1905, daß die Summe von 1 628 000 Mark das Maximum darstelle, was nach Ansicht des Senates ausgegeben werden solle. Der Senat sei der Ansicht, daß sie vollkommen genüge und für diese Summe alles hergestellt werden könne, was vorgesehen worden sei. Er begründete dann, daß dies völlig ausreichend sei, denn der Senat habe sich nicht nur auf das Urteil des Baudirektors verlassen, sondern auch selbst die Sache geprüft usw. Auch noch die Theaterbaukommission hat in ihrer Wettbewerbsausschreibung gesagt, daß, wenn auch 1000 Sitzplätze erwünscht seien, doch mehr Wert auf die Innehaltung der Bausumme als auf die volle Erreichung dieser Zahl von Sitzplätzen gelegt werde. Nun liegt das Ergebnis der Arbeit vor uns. Das Maximum ist weit überschritten. Nach dem Bericht sollten sich die Kosten auf 1 720 000 Mk. stellen. Warum und weshalb ist auf Seite 4—5 des Berichts nachzulesen. Daß aber diese Kosten nicht genügen, steht schon jetzt fest, hat sich schon seit der Drucklegung des Berichts herausgestellt. Der Orchesterraum muß verstellbar eingerichtet werden, — weitere 2000 Mk., die Reliefs müssen aus Tuffstein gemacht werden — weitere 8200 Mk. Ich kann dabei dem Grundgedanken, der zu dieser Kostenerhöhung führt, nicht die Berechtigung absprechen; natürlich muß ein neues Theater mit allen technischen Errungenschaften ausgestattet werden, die künstlerische Wirkung wird man so hoch gestalten müssen, wie denkbar. Also 10 200 Mk. sind schon jetzt wieder mehr aufzuwenden. 14 000 haben die Honorare für die Entwürfe schon betragen, 3000 Mk. die übrigen Kosten der Baudeputation. Da hätten wir schon 1 747 200 Mk. Natürlich sind die Ausgaben damit nicht erschöpft. 1905 klagte Herr Senator Eschenburg über den steilen Engpaß nach der Breitenstraße. Er wies auf die Höhe der Kosten hin, die aus einer notwendig werdenden Verbreiterung der Beckergrube entstehen würden. Wir kämen da zu Preisen, die recht ansehnliche seien. In der Tat! Der Anfang ist schon gemacht. Dem Bürgerausschuß ist am 20. Februar 1907 schon eine Vorlage gemacht. Für Verbreiterung sollen erst 88 Quardratmeter angekauft werden: Preis 42 500 Mk., Quardratmeter 482,75 Mark. Der Bürgerausschuß hat zugestimmt, ist noch weitergegangen und 12 Quadratmeter noch selbst mehr gefordert, das sind plus 5793 Mk., und hat ein diesbezügliches Ersuchen an den Senat gerichtet. Er ist auch noch weiter gegangen und hat für die Grundstücke in der Beckergrube 6 und 8 eine neue Baufluchtlinie gefordert — zur Herstellung einer auf das neue Stadttheater angemessen zuführenden Straßenlinie. (Nr. 14 Seite 38. Protokoll des Bürgerausschusses J. 1907.) Der Senat hat sich nicht lange bitten lassen und so hat er denn schnell eine neue Vorlage beim Bürgerausschuß eingereicht, die für die Verbreiterung der Beckergrube 55 000 Mk. fordert. Das ist aber nur erst eine Verbreiterung auf der einen Seite, das ist erst der erste Streich und die andern folgen gleich, da haben wir schon 1 747 200 Mk., plus 55 000 Mark, gleich 1 802 200 Mk. Kosten. Natürlich fehlts noch an allen Ecken und Kanten, und sicher wird das Endergebnis sein, daß man die alte Erfahrung macht, die Erfahrung, daß die Kosten um 10 Proz. wie bei fast jedem Privatbau überschritten werden. Nicht sind in dem Kostenanschlag enthalten die Kosten der Straßenregulierung usw. Die elektrischen Leitungen müssen verlegt, vielleicht gar verstärkt werden, Wasser-, Sielleitungen usw. Als ich im Dezember 1905 von 2 Mill. sprach, da lachte man; als mein Freund Schwartz, der noch etwas pessimistischer wie ich war, von 2,5 Mill. sprach, rief man geradezu höhnend: Oho! Rechnen wir den Fundus, die fehlende Einrichtung des Saalbaues an Geschirr, Wäsche, dann sind die 2,5 Millionen voll. Was bedeutet aber eine solche Ausgabe: eine jährliche Belastung unseres Budgets um volle 123 000 Mk. Ich rechne dabei 4 Prozent Zinsen und 1 Prozent für die Amortisation. Und selbst wenn es nur 2 000 000 Mk. würden, dann wären es noch jährlich **100 000 Mk.**, der zwar vielleicht 6—8000 Mk. Pacht gegenüberstehen, andererseits aber auch noch nicht die ferneren Zuschüsse zum Theater enthalten. Und die sind auch nicht gering. Was haben wir aber denn nun dafür? Lassen Sie es uns einmal genau untersuchen. Wir haben Gesellschaftsräume, die der ersten Klasse dienen und nebenbei ein Theater, das in seinen Raumverhältnissen nicht im entferntesten den modernen Verhältnissen Rechnung trägt. Die Theaterbaukommission ist ja anderer Meinung und glaubt, daß das nach ihren Vorschlägen zu erbauende Theater „allen billigerweise zu stellenden Anforderungen entsprechen werde", und aus dieser Ansicht heraus meint sie, daß ihre Aufgabe einer „hoffentlich allseitig befriedigenden Lösung hat entgegengeführt werden können." Größer, meint die Kommission, dürfe das Theater nicht sein, mit Rücksicht darauf, daß es ja auch dem Konversationsstück dienen soll. Man hat in letzter Zeit viel als Grund für die jetzige Größe nicht die durch den Saalbau gedrückten Raumverhältnisse, sondern die intime Wirkung angeführt, die auf den Zuschauer ausgeübt werden solle und müsse. Das Mienenspiel, der Ausdruck höchsten Schmerzes und höchster Lust müsse man studieren können, um ganz die Wirkung des Schauspiels zu genießen. Um das zu ermöglichen, darf das Parkett nicht weiter nach hinten geführt werden, nicht weiter der erste Rang zurückliegen. Ich will annehmen, es ist richtig, es trifft zu, will daran nicht zweifeln. Wenn es aber wahr ist, wenn es zutrifft, so bauen Sie mit einem Aufwand von mehr denn 2 Millionen ein Theater, das nur für 854 Personen eine intime Wirkung hat. Nehmen Sie einmal bitte den Antrag des Senats zur Hand, schlagen Sie einmal Seite 96 auf und betrachten Sie bitte den 3. Rang, oder den hinteren Teil des 2. Ranges. Was über die intime Wirkung gesagt ist, für die Besucher des dritten Ranges kann es doch wohl nicht gelten. Und um für 854 Personen mit Ach und Krach ein Theater zu bauen, da sollen wir die Summe bewilligen? Alles, das soll der Steuerzahler bezahlen, der große wie der kleine. Da muß doch das Interesse aller gewahrt werden, auch das der Arbeiter und der kleinen Leute. Ganze 160 Plätze hat man für sie übrig, ohne die berühmte, gerühmte intime Wirkung. Das Interesse der kleinen Leute wird geradezu mit Füßen getreten. Für die größte Schicht der Bevölkerung die wenigsten, die schlechtesten, unbequemsten Plätze. Für sie sollen 53 Ctm. Sitzweite genügen, für die anderen Plätze 57 Ctm., an der ungünstigsten Stelle des Zuschauerraumes, an der heißesten Stelle sollen sie zusammengepfercht werden. Und während man für alle anderen Besucher Wandelgänge hat, die zum freien Ergehen in den Pausen bestimmt sind, ob sie groß genug sind, kann auch noch streitig genug sein — für die schlechtesten Plätze da sind auch keine Wandelgänge vorhanden, es sei denn, daß die Besucher sich eine Treppe nach unten begeben. Wo am nötigsten, da fehlen sie. Und das alles nur wegen des Saalbaues. Der wird denen, die es haben, dienen; um das zu ermöglichen, muß das Interesse der kleinen Leute zurückstehen. Ich weiß, die Punkte, die ich kritisiert habe, die sind noch nicht in der Oeffentlichkeit besprochen, die sind Ihnen wohl noch garnicht zum Bewußtsein gekommen. Sie sollen sich aber nicht nur bekümmern um die Interessen der Kreise, in denen Sie leben, sondern doch um die Interessen aller. Aber das ist es ja, daß Sie Ihre eigenen Interessen für die Interessen der Gesamtheit ansehen, meinen, daß das, was Ihnen frommt, auch der Gesamtheit dient. Und das geschieht, manchmal aus gutem Glauben heraus, mit einer solchen Naivetät, daß man diese kindliche Einfalt fast bewundern muß. Geradezu typisch für diese Auffassung ist ein Artikel in der gestrigen Nummer der „Lübeckischen Anzeigen". Zum Theater- und Saalbau: „Die vorstehende Darstellung ist bereits so umfassend, daß nicht viel mehr zu sagen übrig bleibt. Ich möchte nur konstatieren, daß hier z. Zt. eine wahre Not ist, irgendeinen guten Saal für Versammlungen, Vorträge, Kammermusik, Geselligkeit und dergleichen mehr zu bekommen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich dem Augenblick einen Saalbau für reichlich so notwendig halte wie das Theater, da man sich diesbezüglich mit der Stadthalle noch etwas durchhelfen kann. Ohne Saalbau aber bekommt die Stadt fast den Charakter eines kleinen Ortes, während in unserm Lübeck doch ganz andere Anforderungen an das öffentliche Leben gestellt werden. Für Versammlungen, Geselligkeit 2c. gibt es momentan nur die Lokale der „Gemeinnützigen Tätigkeit" und die „Loge zum Füllhorn" (übrigens Säle, die für diese Zwecke gar nicht geschaffen sind und auch nicht voll entsprechen), wofür bisher die Kasinoräumlichkeiten dienten. Früher gab es noch den Tivolisaal, der mitpassieren konnte, während die übrigen Lokale offen ausgesprochen den Bedürfnissen nicht genügen, die bislang im Kasino befriedigt werden konnten. Nur die Lokale der „Gemeinnützigen Tätigkeit" und der „Loge zum Füllhorn" sind für Versammlungen, Geselligkeitszwecke usw. zu gebrauchen." Wäre die Naivetät nicht so groß, man müßte annehmen, es sei blutigster Hohn, den dieses Bürgerschaftsmitglied in dem Artikel zum Ausdruck habe bringen wollen. Daß in der Schicht, in der dieses Weisheitslicht unserer Bürgerschaft sich bewegt, oder wohl besser gesagt leuchtet, die vorhandenen Säle nicht ansprechen, ihr nicht genügen, das will ich nicht leugnen; daß diese Schicht das Bedürfnis nach einem Saalbau haben mag, kann sein, aber weil diese Schicht das Bedürfnis hat, allgemein zu sagen, das Bedürfnis sei vorhanden, sei so dringend und schwer, daß der Staat es befriedigen müsse, daß die unteren Steuerzahler zu den Kosten mit beitragen müssen, das ist geradezu skandalös. Da tritt eine Auffassung uns entgegen, die geradezu allem Rechtlichkeitsgefühl ins Gesicht schlägt — hier in der Republik. Bis zu dem Augenblicke, wo Senator Possehl sein Geschenk machte, ist ja kaum einmal vom Saalbau gesprochen. Das erste mal ist es geschehen von Herrn Senator Neumann am 26. Juni 1905; er warnte vor dem Platz der Kasinogesellschaft, wir dürften den Bestrebungen, die auf ein solch großes unübersehbares Unternehmen hinzielen, keine Folge geben, es koste 2 000 000 Mk. — Grund und Boden aber als gekauft angenommen.) — Dann sagte Herr Dr. Meyer,

daß nach seiner Überzeugung ein guter Konzertsaal, namentlich für ernstere Musik, beinahe ebenso wichtig sei wie ein Theater. Im gleichem Atemzuge aber setzte er hinzu, wenn man wolle, könne man auch darauf verzichten. Und dann hat noch Herr Buchwald erzählt, daß ihm gegenüber ein Geschäftsmann gemeint habe, ihm sei das Kasino wichtiger wie das Theater. Und nun mit einem Male ist der Saalbau ein so dringendes Bedürfnis, die Hauptsache geworden, daß man das Theater auf dem verbliebenen Platz zwängen und quetschen muß, wie die Zuschauer auf der Tribüne, um es unter zu bringen. Das Theater, ja, das meint auch unser Artikel schreibender Kollege, das werde für die nächste Generation vollkommen entsprechen, es genüge sehr. Es genügt nicht einmal der Jetztzeit, geschweige denn in 20 Jahren. Und wenn unsere Vorfahren hier in Lübeck so sehr genügsam gewesen wären, wie Sie hinsichtlich des Theaters, dann könnten Sie nicht mehr vom Ruhme Lübecks zehren. Die haben ihre Bauten errichtet, daß sie für Ihr Bedürfnis noch heute zu groß sind, daß es aussieht, als wenn die Prachtgewänder für Sie zu weit geworden seien. Heute ist man anspruchsvoll, wenn's die eigenen Bedürfnisse zu befriedigen gilt und sehr genügsam, wenn man die Lasten dafür bringen soll, dann soll der Staat einspringen. Wenn Sie es zum Ausdruck bringen wollen, daß die Klinke der Gesetzgebung zugunsten einzelner Weniger in Bewegung gesetzt werden soll, nach diesen Bekenntnissen unseres braven Kollegen, da tun Sie es, nehmen Sie die Vorlage an. Ich meine: es hieße die Interessen der arbeitenden Klasse mit Füßen treten, wir würden unsere Pflichten hier in gröbster Weise vernachlässigen, wollten wir einem Projekt die Zustimmung geben, das so offensichtlich die Interessen der Bessersituierten vertritt. Wahren Sie erst die Interessen aller Kreise der Bevölkerung, dann erst, in zweiter Linie, mögen die, die ein Interesse daran haben, — sich einen Saal selber bauen lassen. Die große Masse der Bevölkerung glaubt's nicht, daß das heutige Projekt ein solches allseitiger Interessenabwägung sei, sondern daß es, entgegen der Vernunft und der öffentlichen Meinung, durchgedrückt werden soll, und zwar allen sachlichen Gründen und Einwänden zum Trotz, weil eine verhältnismäßig kleine Gruppe interessierter oder machtlüsterner Personen es so will. Die wünschen ein Theater für die Vornehmen, wo sie unter sich sind, kein anderer was zu suchen hat. Alle aber sollen es bezahlen, nicht nur die Vornehmen, auch die kleinen Leute. Das meint man in der Republik Lübeck tun zu können. Wird das Theater, oder wird der Saalbau mit dem Theater gebaut, so wird es weder eine Verbesserung, insbesondere erheblich geräumiger als das frühere werden, noch eine Bildungsstätte für das Volk werden. Es wird eine unerhörte Vergeudung von Staatsmitteln. So werden es die Heimischen beurteilen, die auch jedem anderen sein Recht zukommen lassen, jedem gerecht werden wollen, und die Fremden werden mit Recht sagen, daß der Bau eine Schöppenstädterei sonder gleichen sei. Bei der Beratung am 29. Dezember sprach mein Freund Schwartz, daß das Geschenk des Herrn Senator Possehl kein uneigennütziges sei. Sicher ist es für die Bevölkerung ein sehr verhängnisvolles geworden. Ich hatte noch gehofft, daß er die an sein Geschenk geknüpfte Bedingung zurücknehmen werde. Er würde durch dies Wort sich ein wahrhaft volkstümliches Denkmal setzen. Da würden Sie ihm zu Ehren das Theater meinetwegen Emil Possehl-Theater nennen können. Er hat es nicht gesprochen. Wir sollen entscheiden, da bitte ich Sie, entscheiden Sie dahin: Unter Ablehnung des Senatsantrages ersucht die Bürgerschaft den Senat ihr eine Vorlage zu unterbreiten, nach der ein Theater ohne einen Saalbau errichtet wird. Über diesen Antrag bitte ich namentliche Abstimmung vornehmen zu wollen.

Senator Eschenburg: Was der Herr Vorredner hier in langen Ausführungen gesagt hat, war weniger eine Kritik, als eine Parteirede, die ich allerdings verstehe, wenn man den politischen Standpunkt des Herrn Wissell in Betracht zieht. Richtig ist es, daß das Theater viel Geld kostet. Ich glaube jedoch, daß das Theater, welches wir Ihnen zu bauen vorschlagen, gut ist und den vorhandenen Bedürfnissen genügt. Bei dem Saalbau ist nur die Frage maßgebend, ob er sich verzinst oder nicht. Voraussichtlich wird der Saalbau eine Pacht von 20 000 Mk. erbringen. Ich möchte bitten, der Theaterbaukommission das nötige Vertrauen entgegenzubringen.

Heinsohn fragt an, wie die Ausführung des Baues gedacht ist. Er hoffe, daß die hiesigen Gewerbetreibenden bei der Vergebung der Arbeiten berücksichtigt werden.

Senator Eschenburg: Diesem Wunsche wird nach Möglichkeit Rechnung getragen.

Baudirektor Baltzer: Nach den Besuchsziffern des alten Theaters und der Stadthalle ist die Besucherzahl von 1000 sehr selten überschritten worden. Es ist gesagt worden, daß das Theater unter dem Saalbau zu leiden habe. Das sei ein Irrtum. Ohne den Saalbau bestehe nur die Möglichkeit, daß das Theater näher an die Beckergrube herangebaut werde.

Der Wortführer teilt mit, daß ihm durch Vermittlung des Bürgerschaftsmitgliedes Dr. Wichmann ein Schreiben des Vorsitzenden des Musikerverbandes zugegangen sei, in dem sowohl die Raumverhältnisse des Orchesterraumes als auch des Stimmzimmers für zu klein erklärt werden. Das Schriftstück gelangt zur Verlesung.

Stadtbaurat Kullrich-Dortmund meint als Sachverständiger, daß die Orchesterräumlichkeiten vollauf genügen. 68 Musiker werden auch bei den Wagner-Opern selten benötigt. Für Dortmund reichen 42 Musiker hierfür völlig aus; und was dort angängig ist, wird auch für Lübeck genügen. Bei vollbesetztem Orchester würden die Singstimmen in einem so kleinen Raum, wie das projektierte Theater es ist, kaum zur Geltung kommen. Für die Sicherheit der Musiker bei Feuersgefahr ist die größte Sorge getragen worden.

Baurat Deditius erklärt ebenfalls, daß die Feuersicherheit des Theaters nach jeder Hinsicht gut ist.

Borgwardt hält es für unmöglich, daß für den Saalbau eine Pacht von 20 000 M. gezahlt wird. Gerade diejenigen Veranstaltungen, wie Kammermusikabende, bringen nichts ein, denn die Kreise, welche den Saalbau haben wollen, wollen selbst nichts ausgeben. Wohin soll das führen, wenn der Staat jetzt einen Saalbau errichtet; dann könnte er auch zum Bau von Hotels, Warenhäusern usw. kommen.

Senator Eschenburg: Gewiß ist auch ein erstklassiges Hotel für Lübeck eine Notwendigkeit.

Buchwald sagt, daß die alten Kasino-Säle gerade dem Mittelstand gedient haben und daß ein Bedürfnis für den Saalbau vorliege.

Wissell bedauert, daß sich der Artikelschreiber des Amtsblattes nicht gemeldet und seinen Standpunkt vertreten hätte. Zu den Ausführungen des Senators Eschenburg bemerke er, daß selbst dann, wenn — was nicht anzunehmen sei — 20 000 Mk. Pacht aus dem Saalbau erzielt werde, so würde diese Summe lange nicht zur Verzinsung ausreichen. Dann würden aber auch Reparaturkosten entstehen. Der Saalbau diene nicht der Allgemeinheit, sondern komme nur den oberen Gesellschaftsklassen zugute. Die Sitzbreite der schlechteren Plätze ist nicht ausreichend. Obwohl es in den oberen Rängen am wärmsten ist, hat man keine Wandelhalle für die Pausen vorgesehen. Man will der ärmeren Bevölkerung anscheinend geradezu den Theaterbesuch verekeln.

Senator Eschenburg lobt das lübecksche Einkommensteuergesetz als mustergültig: die schwachen Schultern werden zu den Kosten für das Theater nur in ganz geringem Maße herangezogen.

Senator J. H. Evers: Wir wollen hoffen, daß das Theater recht häufig nicht alle Leute, die es besuchen wollen, aufnehmen kann. Würde es so eingerichtet, daß es allen Anforderungen genügt, so würde es viel zu groß sein. Man soll nicht nur für die Größe des Theaters Geld ausgeben, sondern soll das Geld zur Verbesserung der Vorstellungen benutzen. Die von Herrn Wissell bekrittelte Sitzbreite im oberen Teile des zweiten Ranges ist völlig ausreichend; natürlich muß man für teueres Geld auch bessere Plätze bekommen.

Stadtbaurat Kullrich-Dortmund versucht an Dortmunder Verhältnissen nachzuweisen, daß die Theaterräumlichkeiten völlig ausreichen werden. Von einer Belästigung der Besucher des dritten Ranges durch die Hitze kann nicht die Rede sein, denn es werden Vorkehrungen getroffen, welche das vermeiden. Die Akustik werde gerade in den oberen Rängen eine bessere sein, wie das auch in Dortmund der Fall wäre.

Thiele erklärt sich für das Theater, aber gegen den Saalbau, der das Theater bedrückt. Redner rügt dann, daß Baudirektor Baltzer einen Vortrag über das Theater unter Benutzung der amtlichen Pläne im Vaterstädtischen Verein und nicht in einer öffentlichen Versammlung gehalten hat.

Dahms hält Sitze von 58 Zentimeter für ausreichend. Die Steuerzahler mit einem Einkommen von über 2000 Mk. bringen über 90 Prozent der Staatseinnahmen auf, die übrigen nur 10 Prozent.

Jenne: Die Verbreiterung der Beckergrube hat mit dem Theater nichts zu tun; die wäre auch sonst gekommen. Früher hieß es, das Theater solle auf einem freien Platze stehen; ja man bemängelte einst sogar, daß das Theater nach einer Seite nicht zu sehen kam. Jetzt hat man plötzlich diese Bedenken fallen lassen. Im Falle eines Brandes würde das Publikum durch die Durchfahrt ins Freie und die Feuerwehr in die Höfe wollen, was nicht zur Verminderung einer Panik beitragen würde. Der projektierte Saal sei viel zu klein. Redner ist dafür, daß das Theater allein in der Beckergrube errichtet werden soll und der Bürgerschaft baldmöglichst ein Saalbauprojekt zugeht.

Baurat Deditius betont nochmals, daß bei dem vorliegenden Projekt auf die Feuersicherheit die größtmöglichste Rücksicht genommen worden ist.

Senator Eschenburg: Wenn Sie jetzt die Vorlage ablehnen, so würden sie in zwei Jahren noch so weit wie gegenwärtig sein. Ein besonderer Saalbau würde sehr teuer werden, ebenso ein besonderes Theater.

Tegtmeyer erklärt sich in längeren, oft von stürmischer Heiterkeit unterbrochenen Ausführungen für das Projekt.

Stadtbaurat Kullrich meint, daß auf dem Platz in der Beckergrube ein freistehendes Theater nicht gebaut werden kann.

Dr. Meyer tritt für die Senatsvorlage ein. Er meint, es sei nötig, daß der zukünftige Theaterdirektor den Bau des Theaters überwacht. Zu erwägen ist auch, ob das Theater verpachtet oder in eigene Regie übernommen werden soll.

Wissell wendet sich scharf gegen die Äußerungen des Senators J. H. Evers, der meinte, er (Redner) glaube selbst nicht, was er sage. Eine solche Unverfrorenheit würde er sich einem Bürgerschaftsmitgliede gegenüber nie herausnehmen. Weiter sprach der Senator vom Bekritteln der Vorlage. Kritteln soll doch bedeuten, daß ohne Grund genörgelt wird. Ich meine, wir sind dazu da, um die Senatsvorlage zu prüfen und etwaige Bedenken zum Ausdruck zu bringen. (Der Wortführer greift ein und sagt, er habe über die Geschäftsführung zu wahren.)

Redner tadelt nochmals die geringe Anzahl der billigeren Plätze und rügt deren Schmalheit. Man erlebt häufig das Schauspiel, das die oberen Ränge überfüllt sind, während die besseren Plätze leer stehen.

Senator Dr. Eschenburg: Die Verbreiterung der oberen Beckergrube hat mit dem Theaterbau nichts zu tun.

Oberregisseur Max Gruhe-Berlin sucht die Platzverteilung zu rechtfertigen und hält das ganze Projekt für sehr glücklich. In einem Menschenalter veraltet allerdings jedes Theater.

An der weiteren Debatte beteiligen sich Thiele, Baudirektor Baltzer und A. Pape. Es folgen persönliche Bemerkungen, an denen sich Heinsohn, Tegtmeyer, Brecht und A. Pape beteiligen.

Der Senatsantrag wird darnach mit 66 gegen 26 Stimmen angenommen.

Schluß der Sitzung 9 Uhr 50 Minuten.

Aus Nah und Fern.

Überführter Muttermörder. Unter dem Verdacht der Ermordung und Beraubung der Witwe Wippert in Halle a. S. wurde im Dezember v. J. der eigene Sohn verhaftet, und es gelang auch im Lauf der Zeit, das zur Überführung des Mörders erforderliche Beweismaterial herbeizuschaffen. Trotz aller Nachforschungen war aber das Instrument, mit dem die Bluttat ausgeführt wurde, bisher nicht aufzufinden gewesen. Nunmehr hat man beim Ausräumen der Wohnung hinter dem Bett der Frau Wippert ein der Ermordeten gehörig gewesenes, altes, stumpfes und verrostetes Beil entdeckt, mit dem zweifellos der Frau die tödlichen Wunden beigebracht worden sind; denn an dem Eisen befinden sich außer mehreren Blutflecken auch einzelne Kopfhaare der Ermordeten. Der Täter, ein arbeitsscheuer Mensch, hat sich trotzdem zu einem offenen Geständnis noch nicht bequemt; er hat die Tat verübt, da ihm seine Mutter weitere Geldmittel verweigert hatte.

Folgenschwere Explosion. In der Lederfabrik von Heinrich Bierling in Dresden explodierte ein großer Farbkessel. Dem Arbeiter Friedrich Füssel wurde der Kopf vom Rumpf getrennt; drei weitere Arbeiter wurden schwer verletzt; auch am Gebäude wurde bedeutender Schaden angerichtet. Der getötete Arbeiter Füssel soll allein Schuld an dem Unglück tragen.

Nicht auf Grund des § 11. Ein Blatt in Tanger, der „Gebah", hatte verschiedentlich dem Prätendenten Buhamara hart zugesetzt, worauf dieser, der die Preßgebräuche sehr gut kennt, dem Blatte nachstehende wuchtige „Berichtigung" zusandte: „Besitzer des „Gebah"! Mögen Gift und Fluch stets auf Euren Köpfen lasten! Und wisset wohl, daß Mulei-Mohammed (möge der gute Gott seinen Namen weihen!) geschworen hat, Euch zu töten. Er hat geschworen, über Eurem Kopfe Eure Druckerei zu vernichten, in der Ihr Eure Lügen ausheckt, weil Ihr das Lob und die Achtung der Croniens (verächtlicher Ausdruck für die Mohammedaner, die mit Christen verkehren) zu erhalten sucht. Seid wohl auf Eurer Hut! Bevor Eure böse, lügnerische und verdorbene Seele dahinfährt, bereuet: Denn wir haben gegen Eure Stadt mit der Aufgabe, sie zu vernichten, einen großen Haufen Soldaten und zwei Kanonen geschickt, um über Euch und Euresgleichen die unreine Stadt Tanger zum Einsturz zu bringen. Und das wird im Namen und durch die Gnade Gottes in der kommenden Woche eintreffen. Seid vorsichtig, nehmt Eure ganze List zusammen! Denn wir sind sicher, daß zwei unserer aufrichtigen Diener und Soldaten geschworen haben, nur mit Euren Köpfen zurückzukehren. Mit Gottes Gnade und Kraft. Wenn man Euch den Kopf abschneidet, wird man die Wurzel der Lügen ausgerissen haben. Ich schwöre bei Gott, dem Einzigen, daß wir, wenn Ihr die Frechheit habt, mir zu antworten, durch unsere Leute zehn Dynamitbomben absenden werden, um Eure Druckerei und Eure Köpfe in die Luft zu sprengen."

Auf offener Straße erstochen. Ein schweres Verbrechen ist im Norden Berlins verübt worden. An der Ecke der Kopenhagener und Sonnenburgerstraße wurde der 32jährige Zementarbeiter Maligrama von dem Bauarbeiter Luchena hinterrücks erstochen. Folgende Einzelheiten werden darüber gemeldet: Sowohl der Täter als auch dessen Opfer sind Italiener. Vor längerer Zeit waren beide nach Berlin gekommen und hatten auf Neubauten gearbeitet. Zuletzt waren sie auf einem Bau in der Gleimstraße tätig. Tiefer Tage gerieten sie kurz vor Feierabend in einen Streit, in dem L. den kürzeren zog. Er wollte sich an seinem Landsmanne rächen. Auf dem Heimwege suchte er von neuem Streit hervorzurufen. Als beide an der Ecke der Kopenhagener und Sonnenburgerstraße anlangten, zog L. plötzlich ein langes Messer aus der Tasche und stieß es dem nichtsahnenden M. in den Rücken. Der Stich wurde mit solcher Gewalt ausgeführt, daß die Messerspitze bis ans Herz drang. Mit einem Aufschrei stürzte der Getroffene davon. Er eilte in die italienische Kneipe von Orsi in der Sonnenburgerstraße 11 und brach dort vor dem Büfett tot zusammen. Man rief einen Arzt hinzu, der aber nicht mehr helfen konnte. Der Täter hatte inzwischen die Flucht ergriffen. Niemand wagte sich dem Mörder entgegen zustürzen. Erst als Schutzleute hinzukamen, konnte L., der sich mit dem blutigen Messer in der Hand wehrte, mit Mühe festgenommen werden. Die Leiche des M. wurde beschlagnahmt.

Verständige Ansichten eines preußischen Landgerichtsdirektors. Recht vernünftige Ansichten, wie man sie leider bei preußischen Richtern nicht allzu oft antreffen dürfte, entwickelte der zeitige Vorsitzende des Dortmunder Schwurgerichts, Landgerichtsdirektor Dr. Goldstein, bei der Eröffnung der gegenwärtigen Tagung. In der Eröffnungsrede an die Geschworenen wies er auf die merkwürdige Erscheinung hin, daß es seit Jahren zum erstenmal vorkomme, daß statt der üblichen 14 Tage nur 10 Tage notwendig seien, um die vorliegenden Sachen zu erledigen. Es sei diese Ausnahme wohl auf die günstige Geschäftskonjunktur zurückzuführen, meinte der Redner, d. h. mit anderen Worten, die Leute verdienen augenblicklich so viel, daß sie nicht genötigt sind, Verbrechen zu begehen, um ihr Leben fristen zu können. Womit der Herr Landgerichtsdirektor zugegeben hat, daß nur zu oft die wirtschaftliche Misere die Ursache von Verbrechen ist. Herr Dr. Goldstein hat ausgesprochen, was von jeher von der Sozialdemokratie gelehrt worden ist. Wir freuen uns, daß ein Richter vorhanden ist, der ebenfalls den Zusammenhang gefunden hat. Leider besteht keine Hoffnung, daß sich viele Richter zu den Anschauungen ihres Dortmunder Kollegen bekennen werden. Herr Dr. Goldstein überraschte aber noch weiter, indem er in derselben Rede einen scharfen Vorstoß unternahm gegen die übliche Art, Hauptzeugen an den Pranger zu stellen, in ihrem Vorleben herumzuspüren, um ihre Glaubwürdigkeit anzweifeln zu können. Auch darin hat der Herr Landgerichtsdirektor recht. Wie oft kommt es vor, daß Menschen, die zwar vor Jahrzehnten eine Jugendsünde begangen und ehrlich gebüßt haben, jetzt aber einen tadellosen Lebenswandel führen, plötzlich ungewollt vor Gericht als Zeugen erscheinen müssen. Sie sagen die Wahrheit und werden dafür an den Pranger gestellt, ihre Sünden, die längst vergessen sind, werden wieder hervorgezerrt, und wie oft mag es vorkommen, daß dadurch einem braven Menschen das letzte bißchen Lebensglück vernichtet wird. Herr Dr. Goldstein hat sich durch die Erörterung und Verurteilung dieses unerhörten, schmachvollen Mißstandes ein Verdienst erworben.

Wie in Rußland erschossen wird. Über ein höchst sonderbares Abenteuer eines estnischen Revolutionärs wissen russische Blätter nachstehendes zu berichten. Der aus dem Dorfe Erras in Wierland gebürtige Anton Lust wurde während der revolutionären Unruhen wegen Agitation und Waffenraubes vom Militär „erschossen"; er sitzt aber trotzdem gegenwärtig in einem Revaler Gefängnis und wartet auf eine neue Strafe. Er wurde bei der Exekution wie durch ein Wunder gerettet; als man nach dem Feuern die Leichen wegzuräumen begann, fand man Lust noch am Leben, obgleich eine Kugel ihm durch Brust und Rücken gegangen war. Er wurde nach Reval in eine Klinik gebracht, genas hier vollständig, wurde aber nach seiner Wiederherstellung, da von dem Fall Anzeige erstattet worden war, sofort wieder verhaftet. In mehreren Gesuchen an die Justizbehörden bittet Lust jetzt um seine Freilassung, da er die denkbar schwerste Strafe schon einmal verbüßt habe.

Literarisches.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeindesozialismus, herausgegeben von Dr. A. Südekum, Berlin W. Aus dem Inhaltsverzeichnis von Nr. 10 der neuesten Nummer der Kommunalen Praxis heben wir folgendes hervor: Die städtische Arbeitslosenunterstützung in Straßburg in Elsaß. — Das Wahlrecht in Köln. — Besteuerung von Gas. — Ortsgesetzliche Besteuerung von Schankbetrieben. — Schulhygiene im Landkreis Mainz. — Schulverfassung in Preußen. — Wiener Wohnungsverhältnisse. — Städtische Wohnhäuser in Zürich. — Sonntagsruhe im Bäckergewerbe. — Kommunaler Arbeitsnachweis. — Arbeiterschutz bei Bauten. — Frauen in der Armenpflege. — Strafunterricht für die streikenden polnischen Schulkinder und Schulversäumnisstrafe. — Groß-Berlin. — Rundschau. — Parlamentarisches aus Württemberg. — Das Ortsstatut für das Gewerbegericht in Königsberg i. Pr. — Die Erträge der Straßenbäume. — Die Kommunale Praxis erscheint im Verlag der Buchhandlung Vorwärts (Paul Singer) zu Berlin wöchentlich und kostet für das Vierteljahr nur 2,50 Mk. Probenummern der Zeitschrift sind durch die Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, jederzeit kostenlos zu beziehen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und genügende Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten".